

Jahresabschluss 2016

Investitionsbank des Landes Brandenburg

# Zusammengefasster Lage- und Konzernlagebericht 2016

Investitionsbank des Landes Brandenburg

# I Grundlagen des Konzerns

## 1. Geschäftsmodell des Konzerns

## 1.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist das zentrale Förderinstitut des Landes Brandenburg und unterstützt in dieser Funktion die Umsetzung der Förderpolitik in Brandenburg. Der Rahmen für die Geschäftstätigkeit der ILB ist im ILB-Gesetz festgelegt. Dieses gestattet ihr Geschäfte zu betreiben, die unmittelbar oder mittelbar der Umsetzung des gesetzlichen Förderauftrages dienen. Die Bank ist befugt als Bewilligungsstelle Verwaltungsakte zu erlassen.

Die Bank ist im ILB-Gesetz vom Land Brandenburg mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie einer Haftungsgarantie ausgestattet. Satzungsgemäß führt die ILB ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des Gemeinwohls und der Wahrung strikter Wettbewerbsneutralität. Die ILB bildet zusammen mit ihren elf Tochterunternehmen den ILB-Konzern. Mit einem Anteil von 99,9 % der Konzernbilanzsumme ist die Geschäftsentwicklung nahezu ausschließlich von der ILB geprägt.

Anteilseigner der Bank sind zu je 50 Prozent das Land Brandenburg und die NRW.BANK.

# 1.2 Aufgaben

Als Förderbank für Brandenburg unterstützt die ILB das Land bei seinen struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. In dieser Funktion betreut sie die Förderprogramme des Landes in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wohnungsbau. Als zwischengeschaltete Stelle bewilligt die ILB im Land Brandenburg die Mittel aus dem europäischen Fonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), ESF (Europäischer Sozialfonds) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes). Sie ist hierbei im Auftrag der brandenburgischen Ministerien für die operative Durchführung verantwortlich. Mit der Geschäftsbesorgung ist ein breites Spektrum von Aufgaben verbunden, wie zum Beispiel Beratung, Antragsbearbeitung, Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für Förderausschüsse, Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln, umfassende Dokumentations- und Berichtspflichten, die Verwendungsnachweisprüfung sowie die Weiterentwicklung von Richtlinien

Darüber hinaus ist die Bank mit der Verwaltung der vom Land Brandenburg übertragenen Treuhandvermögen sowie der Bildung und Verwaltung von Sondervermögen betraut. In diesem Zusammenhang verwaltet die Bank treuhänderisch die Mittel des Wohnungsbauvermögens des Landes Brandenburg (LWV) als unselbstständiges Sondervermögen des Landes und vergibt die Mittel der Fonds für die gewerbliche Wirtschaft und den Medienbereich.

# 1.3 Ziele der Geschäftstätigkeit und Strategien der ILB und des Konzerns

Ziel der Förderstrategie ist die langfristige Sicherstellung des Förderauftrages gemäß ILB-Gesetz und ILB-Satzung. Als Instrumente zur Umsetzung des Förderauftrages stehen Produkte im Rahmen der Geschäftsbesorgung sowie eigene Förderprogramme der ILB zur Verfügung.

Leitende Zielstellungen im Bereich der Geschäftsbesorgung:

- Die ILB baut ihre Funktion als zentrales Förderinstitut kontinuierlich aus und unterstützt die Förderpolitik des Landes Brandenburg durch ihr kreditwirtschaftliches Know-how im Rahmen ihrer Gesamtstrategie.
- Hierzu wird die Rolle der ILB als zentraler Geschäftsbesorger des Landes Brandenburg gestärkt. Die Bündelung aller mit der monetären Förderung des Landes verbundenen Aufgaben, insbesondere der EU-Förderung, in der ILB wird angestrebt.
- Zunehmend komplexere Förderprozesse werden laufend unter Kosten- und Effizienzgesichtspunkten einer Überprüfung unterzogen.

Leitende Zielstellungen im Bereich der ILB-Eigenprodukte:

- Die ILB unterstützt mit ihren Produkten im Eigenobligo die langfristige und umfassende Kreditversorgung im Land Brandenburg zur Finanzierung von Investitionsvorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wohnungsbau.
- Unter Beachtung ihrer risikopolitischen Grundsätze entwickelt die ILB kontinuierlich ihr Produktprogramm im Eigenobligo (Brandenburg-Kredit-Familie) weiter, um mittelfristig sinkende EU- und Landesfördermittel durch Eigenprodukte zu kompensieren.

# 1.4 Produkte und Dienstleistungen

Die ILB bietet ihren Kunden aus Mitteln des Landes, des Bundes, der Europäischen Union (EU) und über die Kapitalmarktrefinanzierung zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse, Zinszuschüsse, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften sowie Risiko- und Beteiligungskapital. Mit ihren Kapitalbeteiligungsgesellschaften verbessert die Bank die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen im Land Brandenburg. Die Objektgesellschaften entwickeln Immobilienprojekte und fungieren als Vermietungsgesellschaften, fördern aber auch den Tourismus in der Stadt Potsdam und die Ansiedlung von Unternehmen.

Neben der Vergabe von Haushaltsmitteln gewährt die Bank im Rahmen ihres Auftrages Kredite im eigenen Obligo, die zu einem erheblichen Teil durch erstrangige Grundpfandrechte oder öffentliche Bürgschaften besichert sind.

Kerngeschäfte der ILB sind das Kreditgeschäft mit gewerblichen Unternehmen - zu denen auch landwirtschaftliche Betriebe gehören - sowie die Kreditgewährung an das Land Brandenburg, an dessen Gebietskörperschaften und an soziale Einrichtungen. Die ILB gewährt zur Verbesserung der Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft zinsgünstige Globaldarlehen an Kreditinstitute (Hausbankverfahren) und beteiligt sich bei Bedarf an einzelnen Konsortialfinanzierungen. Zur Stärkung des Medienstandortes Berlin-Brandenburg beteiligt sie sich ferner an der Finanzierung von Filmproduktionen. Ein weiterer Schwerpunkt im Kreditgeschäft liegt im Bereich des Wohnungsbaus.

Die Bank refinanziert die zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigten Mittel im Wesentlichen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB), der KfW Bankengruppe (KfW), der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR), der Council of Europe Development Bank (CEB) sowie durch die Ausgabe eigener Schuldscheine.

Die ILB übt die Funktion des Leitinstituts für die Sparkassen in Brandenburg aus. In dieser Funktion unterstützt sie die Kundenberater der Sparkassen bei der Beratung zu KfW-Produkten, der Strukturierung des Fördermitteleinsatzes (auch im Rahmen von Gesamtfinanzierungen) sowie der Durchleitung von Kreditanträgen und -zusagen. Dazu bietet die ILB den Kundenberatern der Sparkassen Schulungen und Beratungsgespräche an und stellt ein internetbasiertes Informationsportal bereit.

# II Wirtschaftsbericht

## 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war – trotz zahlreicher internationaler Unsicherheiten – im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr kräftig um 1,9 % und damit so deutlich wie seit 2011 nicht mehr. Damit setzte sich die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre fort. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %.

Angetrieben wurde die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere durch die inländische Verwendung. Laut Bundesamt verausgabten die privaten Verbraucher rund 2 % mehr als im Vorjahr, die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich - nicht zuletzt aufgrund der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden und daraus resultierenden Ausgaben - mit 4,2 % sogar noch deutlich

stärker. Insgesamt stiegen die Konsumausgaben um 2,5 % und waren damit erneut der stärkste Treiber des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Bruttoanlageinvestitionen stützen im vergangenen Jahr die konjunkturelle Entwicklung und steigerten sich um 2,5 %.

Im Ergebnis entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in 2016 etwas stärker als zu Beginn des Jahres prognostiziert. Die Bundesregierung rechnete im Frühjahr mit einem Wachstum von 1,7 %.

Zusammenfassend zeigt sich laut Bundesamt für 2016 folgendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung:

- Der Konsum war mit einem Wachstumsbeitrag von +1,9 Prozentpunkten erneut die treibende Kraft.
- Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen war insgesamt leicht positiv (+0,2 Prozentpunkte).
- Der Außenbeitrag hingegen bremste das wirtschaftliche Wachstum geringfügig, da die Importe im Jahresverlauf stärker zunahmen als die Exporte.

Getragen wurde die konjunkturelle Entwicklung in 2016 nicht zuletzt durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erhöhte sich deutlich und erreichte 2016 mit 43,5 Millionen einen neuen Höchststand. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erstmalig seit 1991 unter die Marke von 2,7 Millionen. Neben der guten Beschäftigungssituation waren die kräftige Einkommensentwicklung, der niedrige Ölpreis sowie das niedrige Zinsniveau zentrale Treiber des inländischen Konsums.

Die öffentlichen Haushalte setzten im Jahr 2016 ihren Konsolidierungskurs fort und erzielten einen Überschuss von 23,7 Milliarden Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen gemessene Überschussquote 0,8 %.

Die Kapitalmarktzinsen im Jahr 2016 waren, wie schon im Vorjahr, geprägt vom Niedrigzinsumfeld aufgrund des Anleiheankaufprogrammes der EZB, der negativen Einlagenverzinsung sowie einigen politischen Ereignissen. Im 1. Quartal wurde der Einlagensatz der EZB weiter auf -0,40 % gesenkt, so dass die Kapitalmarktzinsen die Tiefstände des Vorjahres erreichten. Nach dem Austrittsvotum der Briten aus der EU sind die Zinsen weiter gefallen und markierten neue Tiefstände. Die Renditen von Bundesanleihen fielen auch im langfristigen Bereich auf negative Werte. So erreichten 10-jährige Bundesanleihen im 3. Quartal eine Rendite von ca. -0,15 %, die vergleichbaren 10-jährigen Zinsswaps fielen bis auf ca. 0,25 % und lagen noch leicht im positiven Bereich. Erst im 4. Quartal des Jahres 2016 zogen die langfristigen Renditen wieder deutlich an bis auf 0,40 % für Bundesanleihen und 0,80 % für Zinsswaps mit 10 Jahren Laufzeit. Die Gründe dafür waren die leicht steigende Inflation, unter anderem wegen höherer Ölpreise, der überraschende Wahlausgang in den USA einschließlich der Ankündigung von Investitionen in die Infrastruktur sowie die Aussicht auf weitere Zinserhöhungen in den USA. Kurze Laufzeiten am Geldmarkt blieben hingegen stabil im negativen Zinsbereich.

Insgesamt gab es 2016, wie schon das Vorjahr, ein sehr günstiges Kapitalmarktumfeld, in dem die öffentlichen Haushalte durch gesunkene Zinsausgaben entlastet wurden und die geringen Finanzierungskosten die Investitionen und Wohnungsbau beförderten.

# 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Land Brandenburg

Seit dem Jahr 2003 verringert sich die Arbeitslosenquote im Land Brandenburg kontinuierlich. Diese erfreuliche Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes setzte sich auch 2016 fort. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Quote auf rund 8,0 % und sank damit auf das niedrigste Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2016 einen neuen Höchststand, vornehmlich getrieben durch einen Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen. Auch im Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich im Land Brandenburg im Vorjahresvergleich eine erfreuliche Entwicklung.

Nach Abgaben des Statistischen Landesamtes setzten die Brandenburger Industriebetriebe im Jahr 2016 mit insgesamt 23,1 Milliarden Euro 0,1 % weniger als im Vorjahr um. Die Inlandsumsätze erhöhten sich dabei um 1,9 % auf 16,0 Milliarden Euro, die Auslandsumsätze sanken hingegen um 4,2 % auf 7,1 Milliarden Euro.

Die Auftragsentwicklung war der amtlichen Statistik zufolge im Vergleich zum Vorjahr insgesamt rückläufig. Das Auftragsvolumen nahm - bei einem Auftragsplus im Inland von 1,4 % und einem Minus im Ausland von 7,4 % - um 2,0 % ab.

Das Bauhauptgewerbe konnte 2016 seinen Umsatz um 7,8 % deutlich steigern, der Auftragseingang erhöhte sich um 4,0 %.

Nach den bisher vorliegenden Daten zeigt sich für 2016 eine positive Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Brandenburg. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes erhöhte es sich im ersten Halbjahr 2016 kräftig um 2,9 %. Im Vergleich der Bundesländer erzielte damit das Land Brandenburg das drittstärkste Wachstum.

#### Geschäftsverlauf

## 3.1 Fördergeschäft

Das Förderangebot der ILB wurde von der Brandenburger Wirtschaft, privaten Haushalten, den Kommunen und der Wohnungswirtschaft erneut sehr gut angenommen. Auch die Nachfrage nach Förderkrediten durch die in Brandenburg als Hausbanken tätigen Sparkassen und Banken war erneut erfreulich. Das Zusagevolumen der ILB belief sich im Jahr 2016 auf rund 1.992 Millionen Euro.

Kennzeichnend für das Fördergeschäft in 2016 waren u. a.:

- Das für 2016 geplante Zusagevolumen von 1.909 Millionen Euro wurde um 83 Millionen Euro übertroffen (+ 4 %) und belief sich auf insgesamt 1.992 Millionen Euro.
- Das Vorjahresvolumen von 1.454 Millionen Euro wurde um 538 Millionen Euro (+ 37 %) übertroffen.
- Die ILB erzielte damit das höchste Zusagevolumen der letzten zwanzig Jahre.
- Hauptursache des deutlichen Anstiegs ist die gestiegene Nachfrage nach ILB-Produkten, u. a. für die Finanzierung des Flughafens BER. Dadurch erhöhte sich das Zusagevolumen signifikant um 48 % auf 1.454 Millionen Euro (2015: 983 Millionen Euro).
- Insgesamt belief sich der Anteil der ILB-Produkte an den Gesamtzusagen im Geschäftsjahr 2016 auf 73 %.
- In der Geschäftsbesorgung konnten alle Förderbereiche eine erfreuliche Nachfrage verzeichnen. Die Einführung der Programme des neuen OP 2014-2020 wurde sowohl im EFRE als auch im ESF weitgehend abgeschlossen.
- Trotz des erst im Frühsommer verabschiedeten Landeshaushalts und des späten Inkrafttretens neuer Richtlinien wurden in der Geschäftsbesorgung Zusagen in Höhe von 537 Millionen Euro erreicht.
- Damit lag das Zusagevolumen in der Geschäftsbesorgung nur leicht (-9 %) unter dem Plan von 587 Millionen Euro.
- Im Vergleich zum Vorjahr wurden in der Geschäftsbesorgung 66 Millionen Euro (+ 14 %) mehr zugesagt (2015: 471 Millionen Euro).

# 3.2 Ergebnisentwicklung

Die ILB und der Konzern, der wesentlich durch die ILB geprägt wird, können erneut auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurückblicken.

Das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit entwickelte sich erfreulich. Vor Risikovorsorge betrug das Ergebnis 44,8 Millionen Euro und lag damit um 2,6 Millionen Euro über dem Planwert. Der Ergebniszuwachs beruht auf niedrigeren Verwaltungsaufwendungen, insbesondere im Sachaufwand. Die Erträge lagen insgesamt auf dem Niveau der Planerwartung.

Das Ergebnis nach Risikovorsorge übertraf die Erwartungen und lag mit 42,6 Millionen Euro um 7,2 Millionen Euro über dem Planwert für 2016. Treiber war insbesondere die positive Entwicklung des Wertberichtigungsbedarfs, der mit 3,3 Millionen Euro deutlich niedriger ausfiel als zuvor geplant (7 Millionen Euro).

Um weiterhin stabile Zinserträge zu generieren und die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen erfüllen zu können, blieb das Wertpapierportfolio im Wesentlichen unverändert.

Die Kapitalrendite, ein Schlüsselindikator, belief sich bei der ILB per 31.12.2016 auf 1,18 % (Konzern: 1,17 %).

## 4. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Der Konzern war 2016, wie in den Vorjahren zu 99,9 % seiner Bilanzsumme durch die ILB geprägt. Mit einer Konzernbilanzsumme in Höhe von 13.332,3 Millionen Euro wurde 2016 erneut ein gutes Resultat erzielt.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Bank ist zufriedenstellend und stabil.

## 4.1 Ertragslage

Der Jahresüberschuss der ILB betrug im Jahr 2016 11,6 Millionen Euro (Vorjahr: 11,5 Millionen Euro) und belief sich im Konzern auf 11,3 Millionen Euro (Vorjahr: 13,0 Millionen Euro).

Die Ertragslage des Konzerns wird wesentlich durch die Ergebnisse der ILB geprägt. Die Steuerung der Aufwands- und Ertragspositionen erfolgt im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses durch festgelegte Budgetgrößen. Die Planungsgrößen werden unterjährig aktualisiert und hinsichtlich der Zielerreichung überprüft. Die Zielmarken für das Jahr 2016 wurden im Wesentlichen erreicht. Sachaufwand und Provisionsertrag lagen unter den Plangrößen, was sich allerdings in der Summe positiv auf das Ergebnis auswirkte. Das erzielte Gesamtergebnis lag deutlich über dem Planergebnis.

Maßgröße für den finanziellen Erfolg der ILB stellt das Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung dar. Mit einem Betrag in Höhe von 44,8 Millionen Euro erzielte die ILB in 2016 ein gutes Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung, das über dem Vorjahresniveau (42,8 Millionen Euro) lag.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Der Zinsüberschuss lag mit 58,2 Millionen Euro (Vorjahr: 58,6 Millionen Euro) auf dem Niveau des Vorjahres. Positiv entwickelten sich dabei die Erträge aus dem zinstragenden Fördergeschäft, insbesondere im Förderbereich Wohnungsbau. Erwartungsgemäß leicht rückläufig entwickelte sich das restliche Zinsergebnis. Die ILB sieht sich, wie auch die gesamte Finanzwirtschaft, aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen infolge der Finanzmarktkrise vor besondere Herausforderungen gestellt. Direkte Auswirkungen sind insbesondere auf die Aktivitäten der Bank im Treasury zu beobachten. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld und die durch das weiter andauernde Kaufprogramm der EZB gesunkenen Risikoprämien erzeugen Druck auf das Zinsergebnis, was zu einem weiteren Rückgang der Eigenkapitalverzinsung führt. Insbesondere im kurzfristigen Bereich hat sich das Negativzinsumfeld durch die erneute Senkung des Einlagensatzes der EZB auf -0,40 % ausgeweitet und festgesetzt, was zu Einbußen von Konditionsbeiträgen bei variablen Refinanzierungen im Bestandsgeschäft geführt hat. Gleichzeitig profitierte die ILB jedoch von dieser außerordentlichen Zinssituation durch ihre kurzfristigen Mittelaufnahmen im Geldmarktbereich. Bei der Anlage liquider Mittel wurde unter Beachtung der Adressenausfallrisikostrategie weiterhin in Investmentqualität investiert. In 2016 ist es dabei gelungen, die Ergebnisbeiträge auszubauen, obwohl sich Risikostruktur und Anlagevolumen kaum veränderten.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 45,6 Millionen Euro (Vorjahr: 40,9 Millionen Euro) resultiert im Wesentlichen aus Entgelten für die Geschäftsbesorgung von Förderprogrammen. Er setzt sich aus Verwaltungskostenbeiträgen für die Vergabe von Darlehen aus Treuhandmitteln, die Bearbeitung von Zuschussprogrammen und die Verwaltung von Bürgschaften zusammen.

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf die Übernahme der Arbeitsförderung von der LASA Brandenburg GmbH i. L. und den sukzessiven Aufbau des Geschäftsfeldes zurückzuführen.

Der Personalaufwand der ILB in 2016 betrug 38,6 Millionen Euro (Vorjahr: 36,9 Millionen Euro). Der Anstieg um 1,7 Millionen Euro ist insbesondere auf die Übernahme von 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LASA Brandenburg GmbH i. L. zum 01.07.2016 zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten sich die Tarifanpassungen zum 01.10.2016 aufwandserhöhend aus. Zum Jahresende 2016 beschäftigte die ILB 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (aktiv und passiv). Der Anstieg der jahresdurchschnittlichen Mitarbeiterzahl um 46 gegenüber dem Vorjahreswert resultierte überwiegend aus der Übernahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LASA Brandenburg GmbH i. L. sowie aus der Besetzung vakanter Stellen für neue und erweiterte Aufgabenstellungen. Insbesondere wurden Stellen in der ESF-Förderung und in den Querschnittsbereichen besetzt.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Millionen Euro auf 23,1 Millionen Euro erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Investitionen zurückzuführen, die sich auf die Abschreibungen auf Sachanlagen auswirkten.

Die Sachaufwendungen beliefen sich auf 20,7 Millionen Euro und lagen damit nur leicht über dem Niveau des Vorjahreswertes von 20,5 Millionen Euro.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen lagen mit 2,4 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (1,3 Millionen Euro). Mit der Einführung der eAkte in 2016 werden diesbezügliche Investitionskosten nunmehr im Rahmen der Abschreibungen aufwandswirksam.

Die Risikolage des Konzerns wird wesentlich durch die ILB geprägt. Für die erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurden, unter Berücksichtigung bestehender Sicherheiten, Einzelwertberichtigungen gebildet. Sie haben ein stabiles und niedriges Niveau und spiegeln die konservative Risikokultur der ILB wider. Der Entwicklung des latenten Kreditrisikos wurde durch entsprechende Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Entsprechend der hohen Qualität des Wertpapierbestandes waren zum Jahresende keine Abschreibungen erforderlich.

Bezüglich des langfristigen Kreditgeschäfts mit Zinsbindungen von über 10 Jahren, wurden für das Risiko, dass in diesem Zusammenhang gesetzlichen Kündigungsrechte ausgeübt werden, Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Jahr 2016 gebildet.

Das sonstige betriebliche Ergebnis ohne Berücksichtigung der Buchungen zum ILB-Förderfonds und Brandenburg-Fonds lag mit 2,6 Millionen Euro im Jahr 2016 über dem Niveau des Vorjahreswertes von 1,9 Millionen Euro. Dieser Anstieg war bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen.

In das sonstige betriebliche Ergebnis flossen Zuwendungen in Höhe von 1,5 Millionen Euro aus dem zweckentsprechenden Einsatz von EFRE-Mitteln im Brandenburg-Kredit Mezzanine ein. Darüber hinaus wurden 4,0 Millionen Euro an Mittelzuwendungen aus dem Frühphasen- und Wachstumsfonds sowie 1,9 Millionen Euro für den Mitteleinsatz für den Mikrokredit ausgewiesen. Diese Zuwendungen wurden dem Brandenburg-Fonds zugeführt.

Weiterhin enthält das sonstige betriebliche Ergebnis die durch Förderzusagen im Jahr 2016 erforderlichen Aufwendungen für gebundene Förderleistungen des ILB-Förderfonds in Höhe von 3,3 Millionen Euro.

Der ILB-Förderfonds wurde in 2016 mit 5 Millionen Euro dotiert. Somit sind seit 2006 dem ILB-Förderfonds 85,0 Millionen Euro aus erwirtschafteten Erträgen für Förderleistungen im Rahmen der ILB-Produktfamilie Brandenburg-Kredit zugeführt worden.

Aus dem laufenden Jahresergebnis erfolgte eine weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 33,7 Millionen Euro (Vorjahr: 38,1 Millionen Euro).

## 4.2 Vermögenslage

Die den Konzern mit 99,9 % prägende Bilanzsumme der ILB verminderte sich im Geschäftsjahr 2016 um 344,3 Millionen Euro auf 13.318,2 Millionen Euro (Vorjahr: 13.662,5 Millionen Euro). Aufgrund der dominierenden Rolle der ILB für den Konzern, wird nachfolgend nur bei signifikanten Abweichungen gesondert auf diesen eingegangen.

Das Geschäftsvolumen der ILB, in dem zusätzlich zum bilanziellen Bestandsgeschäft, die Eventualverbindlichkeiten, die Verwaltungskredite sowie die Verwaltungsbürgschaften enthalten sind, betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2016 13.545,8 Millionen Euro (Vorjahr: 13.922,3 Millionen Euro). Das Geschäftsvolumen des Konzerns belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 13.559,9 Millionen Euro (Vorjahr: 13.938,1 Millionen Euro). Die Differenz in Höhe von 14,1 Millionen Euro resultiert im Wesentlichen aus Bankguthaben der Tochtergesellschaften - im Konzern unter Sonstige Vermögensgegenstände bilanziert - sowie deren Sachanlagevermögen.

Die Forderungen der ILB an Kreditinstitute sind um 4,2 % auf 2.217,7 Millionen Euro (Vorjahr: 2.315,1 Millionen Euro) gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Tilgungen von 138,0 Millionen Euro bei Globaldarlehen im Hausbankengeschäft zurückzuführen. Demgegenüber wurde die Kreditvergabe über inländische Schuldscheindarlehen um 30,0 Millionen Euro erhöht.

Auch die Kundenforderungen der ILB sind um 215,2 Millionen Euro auf 5.009,2 Millionen Euro (Vorjahr: 5.224,4 Millionen Euro) zurückgegangen. Maßgeblich hierfür waren rund 415,0 Millionen Euro Tilgungen im Kreditgeschäft durch das Land Brandenburg. Demgegenüber wuchs das Kreditgeschäft durch die Vergabe von Schuldscheindarlehen und Namenspapieren um ca. 200,0 Millionen Euro. Die Treuhandkredite sind aufgrund plan- und außerplanmäßiger Tilgungen um 122,3 Millionen Euro auf 2.600,7 Millionen Euro gesunken.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der ILB in Höhe von 3.075,2 Millionen Euro lag zum 31. Dezember 2016 um 20,0 Millionen Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten ausschließlich die Anteile für den im Jahr 2014 bei der Union Investment Institutional GmbH aufgelegten Spezialfonds, der als Mischfonds in europäische Unternehmensanleihen investiert und im Berichtsjahr um 20,0 Millionen Euro aufgestockt wurde.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände der ILB beliefen sich auf 88,1 Millionen Euro (Vorjahr: 75,6 Millionen Euro), wovon 57,1 Millionen Euro auf den Ausgleichsposten Fremdwährungsumrechnung US-Dollar entfallen. Im Konzern beinhaltet diese Bilanzposition zusätzlich vor allem die liquiden Mittel der Konzerntochtergesellschaften bei Banken in Höhe von 32,9 Millionen Euro. Zum Geschäftsjahresende 2016 wurden im Konzern Sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 121,5 Millionen Euro (Vorjahr: 118,2 Millionen Euro) ausgewiesen.

Die ILB schließt derivative Zinssicherungsgeschäfte ausschließlich zur Steuerung des Zinsänderungs- und Währungsrisikos ab. Zum Bilanzstichtag bestanden Geschäfte im Volumen von insgesamt nominal 10.935,0 Millionen Euro (Vorjahr: 9.675,2 Millionen Euro).

# 4.3 Finanzlage

Auch die Finanzlage des Konzerns wird nahezu ausschließlich durch die ILB bestimmt. Die von der ILB eingegangenen Verbindlichkeiten sind durch die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung sowie die Haftungsgarantie des Landes Brandenburg gesichert.

Die kurzfristige Mittelaufnahme im Geschäftsjahr 2016 erfolgte schwerpunktmäßig über Wertpapierpensionsgeschäfte und Tages- und Termingeldgeschäfte mit überwiegend inländischen Kreditinstituten. Darüber hinaus wurden auch Mittel durch Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank aufgenommen.

Langfristige Refinanzierungen erfolgten in erster Linie durch Schuldscheindarlehensaufnahmen bei inländischen Kreditinstituten und Globaldarlehen von der Europäischen Investitionsbank (EIB), der KfW-Bankengruppe, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Council of Europe Development Bank sowie durch Platzierung von Schuldscheinen bei inländischen Versicherungen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich zum 31. Dezember 2016 die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 30,2 Millionen Euro auf 9.308,9 Millionen Euro (Vorjahr: 9.278,7 Millionen Euro). Zunahmen bei den Wertpapierpensionsgeschäften und Offenmarktgeschäften um 238,7 Millionen Euro standen geringere Mittelaufnahmen von 220,8 Millionen Euro bei den langfristigen Refinanzierungen gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden lagen zum 31. Dezember 2016 um 266,3 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus ausgelaufenen Termingeldeinlagen der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 132,0 Millionen Euro. Ebenfalls mitursächlich waren um 65,8 Millionen Euro geringere Tagesgeldeinnahmen und die planmäßig reduzierte Liquidität des Landeswohnungsbauvermögens um 79,0 Millionen Euro.

Die außerbilanziellen Verpflichtungen haben 2016 insgesamt leicht zugenommen. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien erhöhten sich um 7,8 Millionen Euro. Mit Bürgschaftsinanspruchnahmen aus Eventualverbindlichkeiten ist - bis auf einen Fall, für den eine entsprechende Risikovorsorge besteht - nicht zu rechnen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöhten sich zum 31. Dezember 2016 um 49,0 Millionen Euro auf 350,8 Millionen Euro. Der Rückgang bei den für das Land Brandenburg verwalteten Krediten und Bürgschaften um 40,0 Millionen Euro resultiert aus Tilgungen für dieses Geschäftsfeld, das planmäßig abgebaut wird.

Die Liquidität des Konzerns, die im Wesentlichen durch die ILB bestimmt wird, war jederzeit gesichert. Die Bank verfügte zum Jahresende 2016 über 241,7 Millionen Euro offene, noch nicht abgerufene Kreditzusagen anderer Förderbanken.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurde auf 332,2 Millionen Euro aufgestockt. Davon entfielen 288,0 Millionen Euro auf Fondsmittel, die dem haftenden harten Kernkapital zugerechnet werden.

Das Eigenkapital der ILB inklusive des Fonds für allgemeine Bankrisiken betrug zum 31. Dezember 2016 549,0 Millionen Euro (Vorjahr: 509,8 Millionen Euro). Das Konzerneigenkapital belief sich auf 553,5 Millionen Euro (Vorjahr: 514,6 Millionen Euro).

Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken und zu den Gewinnrücklagen. Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken belief sich auf insgesamt 33,7 Millionen Euro. Darin enthalten ist eine bedarfsgerechte Zuführung zum ILB-Förderfonds mit dem geplanten Betrag von 5,0 Millionen Euro. Seit 2006 konnten dem ILB-Förderfonds damit 85,0 Millionen Euro aus erwirtschafteten Erträgen für Förderleistungen im Rahmen der ILB-Produktfamilie Brandenburg-Kredit zugeführt werden.

Die Entwicklung und Zusammensetzung des ILB-Förderfonds und des Brandenburg-Fonds ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

TEUR	ILB-Förderfonds	Brandenburg-Fonds
Stand 01.01.2016	20.258	16.334
Zuführungen	5.000	7.412
darunter:		
Frühphasen- und Wachstumsfonds		3.986
Mikrokredit Brandenburg		1.948
Brandenburg-Kredit Mezzanine II		1.478
Auflösungen	3.310	1.446
darunter:		
Brandenburg-Kredit Mezzanine II		1.446
Stand 31.12.2016	21.948	22.300

Aufgrund der Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 20. Mai 2016 zur Verwendung des Gewinns aus dem Geschäftsjahr 2015 wurden 6,0 Millionen Euro Dividende an die Anteilseigner ausgezahlt. Ferner wurden der Gewinnrücklage 5,0 Millionen Euro und dem Gewinnvortrag 0,1 Millionen Euro zugewiesen.

Insgesamt konnte die strategische Zielgröße einer jährlichen Eigenkapitalstärkung von mindestens 20 Millionen Euro mit einer Zuführung von rund 31,6 Millionen Euro deutlich übertroffen werden.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen der Solvabilitätsverordnung und der Capital Requirement Regulation (CRR) der EU wurden jederzeit erfüllt.

Die Gesamtkapitalquote der ILB nach CRR lag im Jahr 2016 zwischen 14,75 % und 16,51 %.

Die harte Kernkapitalquote der ILB nach CRR lag im Jahr 2016 zwischen 13,11 % und 14,79 %.

## 4.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die ILB sagte im Geschäftsjahr 2016 Fördermittel von rund 2,0 Milliarden Euro für 5.074 Vorhaben zu. Davon entfielen 537 Millionen Euro auf Produkte im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung für das Land und 1.454 Millionen Euro auf die ILB-Produkte.

Die für die ILB wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren haben wir unter Punkt 3.2 Ergebnisentwicklung dargestellt und erläutert.

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren der ILB resultieren im Wesentlichen aus Arbeitnehmerbelangen.

Zum 31. Dezember 2016 standen 534 aktiv Beschäftigte in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis (Vorjahr 487). Die Anzahl befristet beschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg von 49 auf 67. Insgesamt waren von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 16,0 % in Teilzeit beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Anteil um 2,7 Prozentpunkte verringert.

In passiver Altersteilzeit, Vorruhestand, Elternzeit oder sonstigen ruhenden Arbeitsverhältnissen befanden sich 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter). Mit 14 dualen Studentinnen und Studenten blieb deren Anzahl gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Anteil der weiblichen aktiv Beschäftigten zum Jahresende 2016 betrug 67,1 %. Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten lag bei 46,8 Jahren.

Die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde im Jahr 2016 durch Inhouse-Schulungen und externe Weiterbildungsveranstaltungen aktiv unterstützt. Insgesamt fanden 1.450 Seminarteilnahmen statt (Vorjahr: 1.074).

# III Chancen- und Risikobericht

# 1. Risikolage

Die Risikolage auf Konzernebene entspricht der Risikolage der ILB, da die Risiken in den Beteiligungsgesellschaften aus Konzernsicht als nicht wesentlich anzusehen sind. Die folgenden Angaben im Chancen- und Risikobericht beziehen sich daher auf die ILB und können auf den Konzern übertragen werden.

Die ILB betreibt das Bankgeschäft als Spezialkreditinstitut. Die Risikostruktur ergibt sich aus dem förder- und strukturpolitischen Auftrag des Landes. Risiken werden dabei nur in einem eng abgegrenzten Umfang eingegangen. Allen erkennbaren Risiken wurde durch entsprechende Bewertung und Bildung von Risikovorsorge Rechnung getragen.

## 2. Risikomanagement

Das Risikomanagement umfasst unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung eines internen Kontrollsystems, der Compliance Funktion und der Internen Revision, wobei das interne Kontrollsystem aus aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen sowie Risikosteuerungs- und -controlling-prozessen besteht. Im Rahmen des Risikomanagements werden Risiken identifiziert, limitiert und überwacht.

Die ILB hat einen integrierten Strategie- und Planungsprozess eingerichtet. Der Strategie- und Zielprozess, der Planungsprozess (inkl. Kapitalplanungsprozess) und der Limitierungsprozess sind inhaltlich und verfahrensmäßig aufeinander abgestimmt. Das Ineinandergreifen umfasst insbesondere die Prozessschritte Planung, Umsetzung, Beurteilung und Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie Überprüfung der Zielerreichung und Analyse der Zielabweichung.

In der Risikostrategie spiegelt sich die individuelle Risikotoleranz der ILB wider. Die Risikostrategie legt den grundsätzlichen Umgang mit Risiken fest und stellt damit die Grundlage für die Risikostruktur der ILB dar. Es erfolgt die Festlegung der Richtlinien bzw. Maßnahmen zur Erfassung, Steuerung und Überwachung der Risiken. Rahmenbedingung für die Risikostrategie sind die jederzeitige Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die Bestimmungen aus Gesetz und Satzung der ILB sowie die vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik.

Die Strategie wird durch den Vorstand anlassbezogen, jedoch mindestens jährlich im Rahmen des Strategieprozesses überprüft und beschlossen. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand, dem Risikoausschuss des Verwaltungsrats und dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die ILB verfolgt grundsätzlich eine konservative Risikopolitik. Dabei strebt sie eine Diversifikation zwischen den verschiedenen Risikoarten unter bewusstem Eingehen von Risiken an, aber auch eine Risikovermeidung in Bereichen, in denen keine Kernkompetenzen der Bank vorliegen. Die in der Risikostrategie verankerten Grundsätze zur Risikotoleranz stellen damit den Gesamtrahmen für die Geschäftstätigkeit der Bank dar.

Das Risikoüberwachungssystem ist auf die bestehenden Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken ausgerichtet.

Die Funktionstrennung zwischen risikoüberwachenden und risikonehmenden Bereichen ist auf allen organisatorischen Ebenen umgesetzt. Dabei erfolgt die Identifikation und Bewertung der Risiken sowie die Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Controllingprozesse im Rahmen der Risikocontrolling-Funktion durch den Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Die Risikocontrolling-Funktion umfasst darüber hinaus die laufende Überwachung der Risikosituation und Risikotragfähigkeit sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung. Die Steuerung der Risiken auf operativer Ebene erfolgt in den risikoverantwortlichen Organisationseinheiten.

Die Risikoüberwachungsinstrumente zur Steuerung der Tochterunternehmen sind auf die Belange des Konzerns abgestellt und ermöglichen eine zeitnahe Überwachung und Beurteilung der Risikosituation. Die Tochtergesellschaften sind in den Planungsprozess der ILB integriert. Die Kontrolle der unterjährigen Entwicklung der Tochterunternehmen erfolgt in den Organisationseinheiten Strategische Beteiligungen/Grundsatz und Controlling. Mit Hilfe einer quartalsweisen Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie Soll/Ist-Abweichungsanalysen der Ergebnis- und Risikostruktur wird der Vorstand über die Entwicklung der Beteiligungen informiert. Sofern sich aus der Beurteilung der Risikosituation Handlungsbedarf ergibt, wird die Berichterstattung um Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise ergänzt.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung der Risiken der Bank und der Institutsgruppe. Entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) informiert der Vorstand den Risikoausschuss vierteljährlich schrift-

lich über die Risikolage der Bank. Darüber hinaus wird dem Verwaltungsrat als Gremium der Kontrolle der Geschäftsführung des Bank-Vorstandes im Rahmen der regelmäßigen Gremiensitzungen die Risikosituation der ILB erläutert.

#### Risikotragfähigkeitskonzept

Neben der Festlegung des Risikomanagementprozesses und der Verantwortlichkeiten sind die zugrunde liegenden Verfahren und Parameter zur Messung und Steuerung der Risiken dokumentiert. Ziel ist die Sicherung des Unternehmensbestandes und des künftigen Erfolges durch ein effizientes Risikomanagement.

Zur Beurteilung des Risikoprofils verschafft sich die ILB jährlich bzw. anlassbezogen im Rahmen einer Risikoinventur einen Überblick über die Risiken auf Gesamtbankebene. Die wesentlichen Risiken bilden den Ausgangspunkt für die Messung und Steuerung und werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts begrenzt.

Unter Risikotragfähigkeit wird die Möglichkeit verstanden, Wertverluste aus Eigenmitteln abzufangen. Die ILB verwendet für ihr Risikotragfähigkeitskonzept durchgehend den periodenorientierten Going-Concern-Ansatz. Hierbei werden dem GuV-/bilanz-orientiert ermittelten verfügbaren Risikodeckungskapital die Risikoauslastungen in Form von negativen Abweichungen zum erwarteten handelsrechtlichen Ergebnis gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit nach dem Going-Concern-Ansatz ist gegeben, wenn das verfügbare Risikodeckungskapital größer oder gleich der Gesamtrisikoauslastung ist. Ziel dieses Ansatzes ist, dass das Institut unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen noch fortgeführt werden kann, selbst wenn alle Positionen des zur Risikoabdeckung angesetzten verfügbaren Risikodeckungskapitals gemäß ihrer ermittelten Risikoinanspruchnahme durch schlagend werdende Risiken aufgezehrt würden.

Ausgangspunkt der Risikotragfähigkeitsrechnung ist die Ermittlung des Risikodeckungskapitals. Das Risikodeckungskapital gibt den Maximalbetrag der möglichen Risikoübernahme durch die ILB vor. Die ILB ermittelt ihr Risikodeckungskapital GuV-/bi-lanzorientiert, wobei die ILB nach Handelsgesetzbuch (HGB) bilanziert. Damit setzt sich das Risikodeckungskapital aus dem gezeichneten Kapital, den Rücklagen, den Reserven nach § 340 f und 340 g HGB und dem prognostizierten Jahresergebnis nach Risikovorsorge und vor Reservebildung und geplanter Zuführung zum ILB-Förderfonds, vermindert um immaterielle Vermögensgegenstände, zusammen. Daneben stehen der ILB gegebenenfalls auch stille Reserven aus handelsrechtlichen Unterbewertungen zur Verfügung (z. B. Kursreserven bei Wertpapieren). Diese werden jedoch nicht in die Definition des Risikodeckungskapitals aufgenommen, da sie Wertschwankungen unterliegen können und damit nicht dauerhaft sind.

Aus dem Risikodeckungskapital ermittelt die ILB das verfügbare Risikodeckungskapital. Hierbei werden vom Risikodeckungskapital die für die Einhaltung des Going-Concern in der Säule I aufsichtsrechtlich gebundenen Eigenmittel abgezogen. Das verfügbare Risikodeckungskapital stellt im Risikotragfähigkeitskonzept den maximal verfügbaren Betrag zur Risikoabdeckung dar.

Im Rahmen der mittelfristigen Planung wird der sowohl zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, als auch zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Regularien über 5 Jahre erforderliche Kapitalbedarf bestimmt. Im Kapitalplanungsprozess werden dabei zukünftige Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit sowie des maßgeblichen Umfelds und die Auswirkungen von ungünstigen Entwicklungen mit einbezogen. Neben den erwarteten werden auch mögliche nachteilige Entwicklungen berücksichtigt. Ziel ist es, durch geeignete frühzeitige Maßnahmen den Kapitalbedarf der ILB auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen decken zu können. Für den Kapitalplanungsprozess wird der Planungszeitraum der drei Jahre umfassenden Mittelfristplanung zusätzlich um einen 2-Jahres-Prognosehorizont erweitert.

In Abhängigkeit von der Höhe des verfügbaren Risikodeckungskapitals wird durch den Vorstand eine Verlustobergrenze als Gesamtbanklimit festgelegt. Grundlage sind dabei neben den in der Strategie beschriebenen und in der mittelfristigen Planung operationalisierten Zielen die Risikotoleranz und die Risikotragfähigkeit der ILB. Entsprechend ihrer satzungsgemäßen Aufgaben verfolgt die ILB grundsätzlich eine konservative Risikopolitik Die Risikotoleranz liegt damit zwischen risikoavers und risikoneutral. Die Verlustobergrenze auf Gesamtbankebene quantifiziert die durch den Vorstand festgelegte Risikotoleranz und legt fest, wie viel des verfügbaren Risikodeckungskapitals maximal zur Abdeckung sämtlicher Risiken auf Gesamtbankebene eingesetzt werden soll. Die Verlustobergrenze dient damit der Begrenzung des Gesamtrisikos der ILB.

Entsprechend der Plan-Auslastung und der strategischen Ausrichtung der ILB wird aus der Verlustobergrenze die Aufteilung auf die wesentlichen Risikoarten vorgenommen. Für nicht als wesentlich klassifizierte Risiken, die aus Vorsichtsgründen in der Risikotragfähigkeitskalkulation berücksichtigt werden sollen, wird ein Risikopuffer als Teil der Verlustobergrenze vorgehalten. Die Risikolimite stellen die absoluten Limite je Risikoart dar und werden im Rahmen der Risikokontrolle überwacht. Sie können je nach Struktur und Komplexitätsgrad des Geschäftes weiter heruntergebrochen werden. Dies geschieht entweder über weitere Limite, Schwellenwerte und Bandbreiten oder, sofern eine Quantifizierung des Risikos nicht möglich ist, in Form qualitativer Vorgaben, Festlegung von Mindeststandards und Ähnlichem. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit auf Gesamtbankebene wird damit in eine operative Steuerung der Einzelrisiken überführt.

Die Messung der Höhe der Risiken (Risikobetrag) im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt entsprechend dem periodenorientierten Ansatz GuV-orientiert. Das heißt, es werden die Auswirkungen von möglichen Risiken auf GuV-Positionen untersucht. Als Risikobetrag wird dabei die negative Abweichung des GuV-Ergebnisbeitrages von dem erwarteten Ergebnis innerhalb des Risikohorizonts definiert. Dabei wird - sofern modelltechnisch möglich - auf ein einheitliches Konfidenzniveau von 99,0 % abgestellt. Basis sind dabei die jeweils aktuellen Hochrechnungen für das Jahresende, bezogen auf das aktuelle Jahr und Folgejahr. Durch die Betrachtung des Folgejahres wird dabei der aufsichtsrechtlichen Anforderung einer periodenübergreifenden Perspektive Rechnung getragen. In der ILB finden damit durch die Abbildung des laufenden und des Folgejahres zwei Steuerungskreise im Risikotragfähigkeitskonzept Anwendung.

Die Ermittlung und Kontrolle der Risikotragfähigkeit auf Gesamtbankebene erfolgt monatlich, indem die Ist-Auslastungen der einzelnen Risikoarten den entsprechenden Einzellimiten und der Verlustobergrenze auf Gesamtbankebene gegenübergestellt werden. Für die einzelnen Risikoarten auf Gesamtbankebene gelten dabei die bestehenden Eskalationsprozeduren bei Erreichen festgelegter Warnschwellen. Es wird von einer Kumulation aller Risiken ausgegangen. Risikominimierende Diversifikationseffekte werden nicht zum Ansatz gebracht.

Zur Überwachung des Risikodeckungskapitals dient die Prüfung des erwarteten Jahresüberschusses. Hierbei wird im Rahmen der quartalsweisen Hochrechnungen geprüft, ob der angestrebte Jahresüberschuss nach Risikovorsorge erreicht wird. Innerhalb des Jahres schlagend gewordene Risiken werden in der Hochrechnung berücksichtigt und mindern entsprechend das verfügbare Risikodeckungskapital.

Eine quartalsweise Berichterstattung dient der Kontrolle und Information des Vorstandes über die Risikosituation der Gesamtbank. Ergänzt wird die Überwachung der Risikotragfähigkeit durch die Untersuchung der Wirkung krisenhafter Marktentwicklungen. Hierzu werden im Rahmen von Szenariobetrachtungen die Auswirkungen von außergewöhnlichen, jedoch plausiblen Ereignissen auf die Risikosituation der Gesamtbank simuliert (Stresstests). Einen besonderen Stresstest stellt die jährliche Simulation zu den Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwunges dar.

Ziel ist es, mögliche Ereignisse oder künftige Veränderungen zu identifizieren, die sich negativ auf die Risikolage und die Risikotragfähigkeit der Bank auswirken. Die Analyse der Stresstests trägt dazu bei, die Stabilität der Bank über den regulären Geschäftsablauf hinaus zu gewährleisten.

Außerdem wird die Risikotragfähigkeit im Rahmen sogenannter "inverser Stresstests" geprüft. Ausgehend von dem Ergebnis der Nichtfortführbarkeit des bestehenden Geschäftsmodells der ILB werden bei diesem Stresstest Ereignisse modelliert, die diesen Zustand herbeiführen können. Hierdurch soll erreicht werden, strategisch problematische Situationen zu identifizieren, die die Überlebensfähigkeit des Instituts auf Stand-alone-Basis, also ohne die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Haftungsgarantie des Landes Brandenburg, gefährden könnten.

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit wird ergänzt durch eine Steuerung der Risiken auf operativer Ebene sowie eine Kontrolle der aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Hierbei finden teils abweichende Verfahren zur Risikoquantifizierung Anwendung. Die Steuerung auf operativer Ebene steht im Einklang mit dem Risikotragfähigkeitskonzept und den darin enthaltenen Limiten. Es sind sowohl die Limite des Risikotragfähigkeitskonzeptes als auch der operativen Steuerung simultan einzuhalten.

## 4. Darstellung der Risikoarten

Die ILB führt jährlich sowie anlassbezogen eine Risikoinventur durch. Auslöser für eine anlassbezogene Analyse können z. B. die Einführung neuer Produkte oder auch Veränderungen von Rahmenbedingungen sein. Die Risikoinventur dient der Ermittlung des Gesamtrisikoprofils der ILB. Bei der Risikoinventur werden die jeweiligen Risikoarten hinsichtlich der Risikorelevanz für die ILB untersucht und entsprechend ihrer Bedeutung in wesentlich bzw. unwesentlich klassifiziert. Ein Risiko ist wesentlich, wenn es über eine konkrete Nennung explizit in den MaRisk als wesentliches Risiko definiert ist oder von seiner Auswirkung her die quantitative Wesentlichkeitsschwelle überschreitet.

Folgende Risikoarten werden für die ILB als wesentlich bewertet:

- Adressenausfallrisiko
- Marktpreisrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko.

Konzentrationsrisiken, insbesondere Ertragskonzentrationen, werden bei der Inventur berücksichtigt. Die mit Hilfe der Risikoinventur ermittelten wesentlichen Risiken werden entsprechend den in der Risikostrategie festgelegten Grundsätzen und Verlustobergrenzen im Rahmen des Risikomanagementprozesses überwacht und gesteuert.

# 4.1 Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass Geschäftspartner, gegen die Forderungen der Bank bestehen, zahlungsunfähig werden und demzufolge Forderungen nicht vertragsgemäß bedient werden. Es umfasst das Kredit-, Länder-, Kontrahenten- und Anteilseignerrisiko.

Im Kreditgeschäft wird eine konservative Risikopolitik verfolgt. Im Treasurygeschäft wird auf möglichst EZB-fähige und damit risikobegrenzte Investments abgestellt, die die Realisierung von zusätzlichen Ergebnisbeiträgen im Wertpapierpensionsgeschäft ermöglichen. Die infolge des Niedrigzinsumfeldes sinkenden Ergebnisbeiträge sollen durch eine Diversifizierung des Portfolios mit neuen Produkten aufgefangen werden.

Zur Messung der Adressenausfallrisiken kommt ein ratingbasiertes Verfahren in Anlehnung an den aufsichtsrechtlichen IRBA Ansatz (Internal Ratings Based Approach) für das Gesamtportfolio der ILB zur Anwendung. Auf Basis interner Ratingeinstufungen werden Positionen risikosensitiv bewertet und konsistent in das Risikotragfähigkeitskonzept der ILB eingebunden. Ferner werden Risikokonzentrationen im Portfolio berücksichtigt.

Das Verfahren ermöglicht es diejenige durch Ausfälle von Kreditnehmern verursachte Wertminderung des ILB Portfolios abzuschätzen, welche statistisch in 99,0 % aller möglichen Fälle nicht überschritten werden wird (Value at Risk (VaR) zu einem Konfidenzniveau von 99,0 %). Dieser Gesamtportfolioverlust stellt den Risikobetrag für Adressenausfallrisiken dar und kann zu Steuerungszwecken auch auf Teilportfolien/ bzw. Portfolio-Positionen heruntergebrochen werden.

Für ein Teilportfolio von untergeordneter Größenordnung ist die Anwendung dieses Verfahrens nicht möglich. Sofern die betroffenen Positionen dem Adressenausfallrisiko unterliegen, werden diese in Anlehnung an den aufsichtsrechtlichen Kreditrisikostandardansatz bewertet.

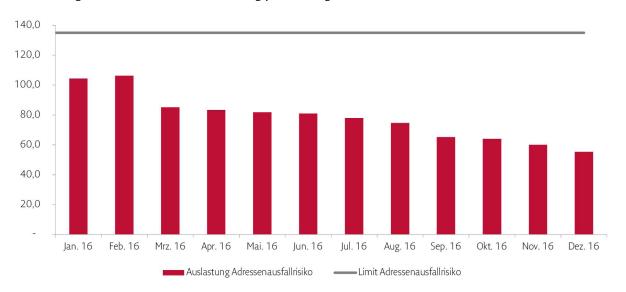
Das so ermittelte Adressenausfallrisiko bezieht sich auf das Portfolio der ILB zum Analysestichtag für einen Risikohorizont von einem Jahr. Das Risikotragfähigkeitskonzept verlangt eine konsistente Periodisierung der Risiken. Im Jahresverlauf verkürzt sich der Zeitraum, in dem potenzielle Risiken schlagend werden können. In der Ermittlung der Adressenausfallrisiken wird dies über eine Skalierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten erreicht. Die Betrachtung des Folgejahres erfolgt auf Basis der geplanten Bestände zum Ultimo unter der Annahme einer gleichen Risikostruktur in den Planungspositionen und auf Gesamtbankebene.

Risiken aus dem Adressenausfall spiegeln sich GuV-seitig im Bewertungsergebnis wider. Im Rahmen der geplanten Risikovorsorge wird hierfür bereits das geplante Jahresergebnis und somit das geplante Risikodeckungskapital belastet. Schlagend gewordene Risiken des laufenden Jahres werden in Form von Einzelwertberichtigungen (EWB), Direktabschreibungen oder Rückstellungen abgebildet und finden ebenso Eingang in die jeweils aktuelle Hochrechnung des Jahresergebnisses. Somit sind geplante und realisierte Adressenausfallrisiken bereits im geplanten Jahresergebnis berücksichtigt und mindern das Risikodeckungskapital.

Darüber hinausgehende Adressenausfallrisiken i. S. des Gesamtportfolioverlustes sind mit verfügbarem Risikodeckungskapital zu unterlegen und werden limitiert (Risikoauslastung).

Die Risikoauslastung für Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:

# Entwicklung Adressenausfallrisikoauslastung per Stichtag für den Ein-Jahreshorizont (in Mio. EUR)



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2017 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Ausgehend von einer Auslastung von 104 Millionen Euro zum Jahresbeginn erhöhte sich das Adressausfallrisiko im Februar 2016 aufgrund einer Zunahme der Risikokonzentration auf 106 Millionen Euro. Ab März 2016 war ein fortwährender Rückgang der Risikoauslastung zu beobachten und im Dezember 2016 beträgt die Risikoauslastung des Jahres 2017 rund 55 Millionen Euro.

Ursächlich für den deutlichen Rückgang im Jahresverlauf ist die sukzessive Etablierung der Ratingsystematik der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) seit Oktober 2015. Die Ablösung der bis dahin angewandten internen rms-Risikoklassifizierungsverfahren ist mit einem Abbau der Risikoüberzeichnung verbunden. Deutlich zeigte sich dies im März 2016, wo im Zuge der Umstellung der Risikoklassifizierungsverfahren für Finanzinstitute und Kommunen eine grundlegende Anpassung zur Ableitung der Ausfallwahrscheinlichkeiten vorgenommen wurde. Im 3. und 4. Quartal 2016 führten v.a. weitere Ratinganpassungen von Kunden mit hohen Forderungsvolumen zu deutlich geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten und damit zu einer Risikosenkung. Zum 31.12.2016 wurden noch Positionen mit einem Exposure von weniger als 1 % des Gesamtexposures über rms-Ratingverfahren bewertet. Auf dieses Exposure entfiel ein interner Risikobetrag von 4,5 Millionen Euro.

Die operative Steuerung des Adressenausfallrisikos orientiert sich an den MaRisk und erfolgt portfolio- und volumenorientiert. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken wurden Limitsysteme für Länderrisiken und Produktgruppen (Wertpapiere, Derivate, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte, Hausbanken) etabliert. Zur Begrenzung der Risiken aus diesen Geschäftsarten bestehen Limite auf Kreditnehmerebene. Ergänzt wird das Limitsystem durch aufsichtsrechtliche Bestimmungen hinsichtlich der Großkreditgrenzen, die CRR und die Beobachtung der ab 2018 in Kraft tretenden Vorgaben zur Leverage Ratio. Ab dem

01.01.2017 wird darüber hinaus die rollierende Ein-Jahres-Risikoauslastung der Adressenausfallrisiken im Rahmen der operativen Steuerung limitiert.

In der ILB ist ein Arbeitskreis zur Steuerung der Adressenausfallrisiken etabliert. Der Arbeitskreis ist das zentrale Gremium für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank. Er dient der Beratung des Vorstandes und der Vorbereitung von Vorstandsbeschlüssen. Teilnehmer an den vierteljährlichen Sitzungen sind neben dem Vorstand die Leitung der Risikocontrollingfunktion, das Treasury sowie Markt- und Marktfolge. Der Arbeitskreis tagt regelmäßig im Vorfeld der Quartalsberichterstattung sowie im Rahmen des Planungsprozesses. Darüber hinaus wird das Gremium nach Maßgabe entscheidungsrelevanter Themen auf Anforderung der Vorsitzenden oder bei anstehenden, wichtigen Einzelfallentscheidungen auf Anforderung des für den betroffenen Produktbereich zuständigen Dezernenten einberufen.

Der monatliche "Risikoreport der ILB" fasst die wesentlichen Implikationen aus Adressenausfallrisiken gemäß Risikotragfähigkeit zusammen.

Die Obergrenze für Adressenausfallrisiken wurde im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

#### 4.1.1 Kreditrisiko

Das Kerngeschäft der ILB besteht in der Förderung öffentlicher und privater Investitionsvorhaben, vorrangig aus Mitteln des Landeshaushalts oder im Hausbankenverfahren.

Aus dem für das Land verwalteten Treuhandvermögen – wie z. B. dem Landeswohnungsbauvermögen (LWV) – bestehen für die ILB keine Kreditrisiken. Das LWV ist ein zweckgebundenes Sondervermögen des Landes, das von der Bank auf Grundlage gebilligter Wirtschaftspläne und Bewirtschaftungsgrundsätze für das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung bearbeitet wird.

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Teilstrategie Adressenausfallrisiken, die jährlich aktualisiert wird. Diese Strategie enthält sowohl die Leitlinien des Kreditgeschäftes, als auch auf Teilkreditportfolioebene die qualitativen und die quantitativen Vorgaben für das Kreditgeschäft.

Kreditrisiken resultieren aus dem Wohnungsbaukreditgeschäft, dem Konsortialgeschäft im gewerblichen Bereich, den Infrastrukturfinanzierungen und dem Hausbankengeschäft. Im Hausbankenverfahren werden Kredite an die Hausbank des Endkreditnehmers ohne Obligo der ILB hinsichtlich des Adressenausfallrisikos des Endkreditnehmers ausgereicht. Die ILB trägt bei diesem Bank-zu-Bank-Kredit das Adressenausfallrisiko der Hausbank, das zusätzlich durch die Rückgriffsmöglichkeit auf den Endkreditnehmer abgesichert wird.

Risiken aus nicht-bilanzwirksamen Geschäften bestehen im Wesentlichen aus unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten in Form von Risikounterbeteiligungen im Konsortialgeschäft.

Um die Risiken aus dem Kreditgeschäft zu begrenzen, bestehen für diese Geschäfte genau definierte Kriterien, insbesondere zur Bonität des Kreditnehmers, zur Besicherung und zur maximalen Höhe des Kredits (nur im gewerblichen Konsortialgeschäft). Für die bekannten Risiken wurde im Jahresabschluss durch Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen.

Im Kommunalkreditgeschäft, ihrem größten Teilkreditportfolio, sieht die ILB aufgrund des Länderfinanzausgleiches, des Gesetzes über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg sowie der verfassungsrechtlich geregelten "Schuldenbremse" auch weiterhin kein Adressenausfallrisiko.

Die Kontrolle der Adressenausfallrisiken erfolgt in der Marktfolge/Kreditmanagement. Hierzu werden auf Quartalsbasis durch das Risikocontrolling die Limitauslastungen ermittelt und an die Marktfolge/Kreditmanagement, danach folgend an die entsprechenden Produktbereiche, weitergeleitet. In der Marktfolge/Kreditmanagement erfolgt eine Bewertung des Risikos, ggf. werden entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Jeweils zum Quartalsultimo erfolgt durch die Referate Controlling und Kreditsekretariat eine umfangreiche Analyse und Würdigung des Adressenausfallrisikos auf Gesamtbankebene für das Geschäft im Eigenobligo der ILB. Das Ergebnis der Analyse ist Bestandteil der Risiko-Berichterstattung an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats. Dieser Risikobericht enthält neben der Darstellung des Kreditportfolios auch eine Beurteilung des Adressenausfallrisikos sowie gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung.

Entsprechend der konservativen Risikokultur der ILB ist die Risikostruktur des Kreditportfolios als risikoarm einzustufen. Das gesamte Kreditportfolio der ILB im Eigenobligo wies zum Stichtag 2016 einen Wert von 11.489 Millionen Euro aus. 99 % waren zum Stichtag mit der neuen Ratingsystematik der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (S-Rating) bewertet. Von den Krediten im Eigenobligo (ohne Spezialfonds) weisen 88 % einwandfreie Bonitäten (SR Ratingnoten 1-2) oder Sicherheiten (i. d. R. öffentliche Bürgschaften oder Realsicherheiten) auf. Die Bewertung des Adressenausfallrisikos auf Einzelkreditnehmerebene erfolgt seit 2015 sukzessive durch die Anwendung standardisierter, aufsichtsrechtlich anerkannter Ratingverfahren der S-Rating.

Folgende Verfahren kommen zur Anwendung:

- Sparkassen-Immobiliengeschäftsrating (SIR) im Wesentlichen im Geschäftsfeld Immobilienkunden/Mietwohnung,
- das Sparkassen-Standardrating (STR) im Wesentlichen im Geschäftsfeld Gewerbliche und öffentliche Kunden

Für Kommunalkredite, Finanzinstitute und Kreditnehmer mit einem Eigenobligo kleiner als 250.000 Euro finden vereinfachte Verfahren Anwendung.

Die Risikoklassifizierungsverfahren werden regelmäßig bzw. anlassbezogen in Kreditentscheidungs- und Kreditüberwachungsprozessen angewandt.

Die Geschäfts- und Anlagestrategie im Treasury unterliegt einem ständigen, risikoorientierten Überprüfungs- und Anpassungsprozess, der die konservative Anlagepolitik der ILB gewährleistet.

Anlageentscheidungen werden nach eigenständiger Risikoanalyse getroffen. Eine Vorgabe für den Kauf ist ein Mindestrating des Wertpapiers von "A" der externen Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's oder Fitch). Für ein begrenztes Portfolio wird ein externes Mindestrating von BBB zugelassen. Beim Ankauf von ungedeckten Anleihen erfolgt, abhängig vom externen Rating, eine Volumen- und Laufzeitbegrenzung. Es erfolgte eine breite Streuung der Kreditrisiken.

Die ILB hatte 2014 einen Spezialfonds Unternehmensanleihen (Mindestrating: Investmentgrade) aufgelegt, der in 2016 um 20 Millionen Euro auf 170 Millionen Euro aufgestockt wurde.

Die Bonität der Wertpapiere bzw. der Emittenten wird täglich anhand von Veröffentlichungen durch das Controlling auf Veränderungen hin geprüft. Über diese Maßnahmen hinaus wird für bestimmte, in einer Watchlist zusammengefasste Wertpapiere die Entwicklung der Renditeaufschläge gegenüber risikofreien Anlagen beobachtet, um die Markteinschätzung als Frühindikator der Risikoveränderung zu nutzen.

Es bestehen institutsindividuelle Begrenzungen von Wertpapierkäufen, Geldmarktgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten sowie Obergrenzen je Finanzinstitut für im Hausbankenverfahren vergebene Kredite, Einzelrefinanzierungen und Globaldarlehen. Die Limite werden auf der Grundlage der Auswertung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der externen Ratings und weiterer qualitativer Kennziffern für jedes Finanzinstitut einzeln festgelegt. Bei Änderung der Bonität bzw. Herabstufung des externen Ratings wird eine entsprechende Anpassung der Limite geprüft. Grundsätzlich erfolgt eine jährliche Überprüfung der internen Limite.

Die regelmäßige Prüfung der Einhaltung der Limite erfolgt durch das Controlling und den Fachbereich.

#### 4.1.2 Kontrahentenrisiko

Das Kontrahentenrisiko beinhaltet die Gefahr, durch den Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen (Wiedereindeckungsrisiko) oder durch nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen (Erfüllungsrisiko) Verluste zu erleiden.

Die ILB begegnet diesem Risiko, indem sie Handelsgeschäfte grundsätzlich nur mit ausgewählten Marktpartnern mit externem Mindestrating "A" gemäß Second-Best-Regelung durchführt. Für diese Marktpartner sind Kontrahentenlimite eingerichtet.

Das Kontrahentenrisiko als Teil der Adressenausfallrisiken hat in der ILB grundsätzlich eine untergeordnete Bedeutung. Die ILB hat in 2015 begonnen im Rahmen der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) derivative Geschäfte (im Wesentlichen Zinssicherungsswaps) über einen zentralen Kontrahenten und dazwischen geschaltete Clearingbroker durchzuführen. Aufgrund der aus dieser Verordnung resultierenden Sicherheitsmechanismen, wie Default Management Prozess, Margin Prozess, Margin-Berechnungsmethoden sowie allgemeine Risiko-Control-Methoden der zentralen Kontrahenten, wird das Adressenausfallrisiko als überwiegend besichert und gering angesehen.

Mit dem Auslaufen des Bestandsgeschäfts und dem Aufbau eines dem Clearing unterzogenen bzw. bilateral besicherten Neugeschäfts ist zukünftig eine weitere Verringerung des Kontrahentenrisikos für Derivate verbunden.

#### 4.1.3 Länderrisiko

Das Länderrisiko beinhaltet das Kredit- und Marktrisiko eines Landes, das in der Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungszahlungen von Marktleistungsnehmern des Landes und des Wertverfalls von Wertpapieren und Derivaten, die von Marktparametern des Landes abhängen, besteht.

Entsprechend ihrem Förderauftrag fokussiert sich das Geschäft der ILB fast ausschließlich auf Deutschland und hierbei auf das Bundesland Brandenburg. Das bestehende Auslandsengagement beruht fast ausschließlich auf Anlagen in Wertpapieren aus EU-Ländern. Der überwiegende Teil dieses Engagements entfällt dabei auf Länder der Eurozone. Akzeptiert werden grundsätzlich nur Schuldner ausgewählter Länder entsprechend der Teilstrategie Adressenausfallrisiken. Der Anteil von Emittenten aus Deutschland soll mindestens 40 % sein.

Das Länderrisiko außerhalb Deutschlands ist durch Länderlimite begrenzt. Die Limite werden auf Grundlage der externen Ratings, der Bruttoverschuldung und des Bruttoinlandprodukts des Landes festgelegt. Die Angemessenheit der Länderlimite wird anhand von Frühwarnindikatoren unterjährig geprüft. Zur Vermeidung von Klumpenrisiken werden in Anrechnung auf die Limite gesonderte Limite für Staatsrisiken festgelegt.

# 4.1.4 Anteilseignerrisiko

Das Anteilseignerrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen können.

Die ILB hält im Rahmen der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben ausschließlich strategische Beteiligungen. Beteiligungen geht die ILB insbesondere ein, um wichtige Interessen der Bank zu realisieren oder strukturpolitische Aufgaben zu übernehmen, die sich aus der Landespolitik ergeben. Darüber hinaus übernimmt die ILB die nationale Kofinanzierung im Rahmen von EU-Finanzierungsinstrumenten.

Die ILB hält Beteiligungen in drei Bereichen:

• Kapitalbeteiligungsgesellschaften - Bereitstellung von Eigenkapital für Unternehmen im Land Brandenburg

Objektgesellschaften - Entwicklung von Immobilienprojekten im Land Brandenburg

sonstige Beteiligungen - Unterstützung der weiteren Aktivitäten der ILB

Per 31. Dezember 2016 war die ILB an Unternehmen mit einem Buchwert in Höhe von 62,5 Millionen Euro beteiligt. Große Teile des Beteiligungsbestandes der ILB sind durch Risikoabschirmungen gesichert bzw. durch Zuwendungen des Landes Brandenburg finanziert, so dass keine Verlustpotenziale aus diesen Engagements für die ILB bestehen. Für verbleibende risikobehaftete Beteiligungen wurde in ausreichendem Maße Risikovorsorge getroffen.

#### 4.1.5 Chancen

Die ILB geht - entsprechend ihrem Förderauftrag - Adressenausfallrisiken nur in eng begrenztem Umfang ein. Den bestehenden Unsicherheiten über die Entwicklung der Werthaltigkeit des Forderungsbestandes trägt sie im Rahmen der jährlichen Planung durch Berücksichtigung von konservativ geschätzten Wertberichtigungen Rechnung. Chancen ergeben sich durch positive Abweichungen der tatsächlich eingetretenen Ausfälle gegenüber den geschätzten Ansätzen.

#### 4.2 Marktrisiko

Marktrisiken beschreiben im Allgemeinen die Gefahr negativer Entwicklungen eines Marktes für die Bank. Zu den Marktrisiken zählen neben dem Zinsänderungsrisiko das Kurswertrisiko, das Währungsrisiko sowie sonstige Preisrisiken.

Zur Erfüllung der förder- und strukturpolitischen Aufgaben für das Land Brandenburg muss die ILB typische Bankgeschäfte betreiben, wie:

- Das Kreditgeschäft mit kleinen Volumina und unterschiedlichen Laufzeiten
- Die Vorfinanzierung bis zur Erreichung refinanzierbarer Losgrößen zu akzeptablen Preisen
- Die Einhaltung von Angebotsfristen im Kundenkreditgeschäft und den daraus resultierenden Marktpreisschwankungen
- Die aus dem zeitverzögerten Einsatz der Mittel im Kreditgeschäft notwendige Anlage freier Liquidität (z. B. EIB-Refinanzierungen) am Geld- und Kapitalmarkt unter den Rahmenbedingungen des Marktes

Die dabei auftretenden Fristeninkongruenzen führen insbesondere bei einem ungünstigen Marktumfeld mit hohen Volatilitäten sowie Marktverwerfungen zu Marktpreisrisiken. Dies kann die Ertragslage der ILB negativ beeinflussen.

Für die ILB wurden folgende Arten des Marktpreisrisikos identifiziert:

- Zinsänderungsrisiko
- Kurswertwertrisiko
- Währungsrisiko
- Risiko aus Impliziten Optionen

Die Steuerung der Marktrisiken erfolgt im Rahmen des Risikomanagements nach den in den MaRisk formulierten Grundsätzen. Die ILB ist als Nichthandelsbuchinstitut klassifiziert.

## 4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken bestehen in der ILB hinsichtlich unterschiedlicher Zinsbindungsfristen im Aktiv- und Passivgeschäft. Die Transformationsfunktion der ILB bei Zinsänderungsrisiken ist auf die Sicherung eines langfristig stabilen Beitrages zum Zinser-

gebnis der Bank gerichtet. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos ist dem Bereich Treasury übertragen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos erfolgt durch direkt bilanzwirksame Geschäfte sowie Swaps, Forward Rate Agreements, Swaptions und Caps.

Die Berechnung und Limitierung des Zinsänderungsrisikos erfolgt im Risikotragfähigkeitskonzept mit Hilfe der Messung des periodischen Zinsänderungsrisikos.

Zinsänderungen wirken in der GuV-orientierten periodischen Sicht direkt auf das Zinsergebnis. Das Risiko wird hierbei als negative Abweichung des Zinsergebnisses vom prognostizierten Zinsergebnis definiert. Betrachtet werden hierbei der Ultimo des laufenden Jahres und der Folgeultimo. Zinsänderungen wirken sich insbesondere im zinsvariablen Geschäft durch Zinsanpassungen und bei der Konditionierung von Neugeschäft aus. Ferner ist zu beachten, dass sich Zinsänderungen auch auf den Barwert des ILB Zinsbuchs niederschlagen. Dieser Einfluss kann indirekt zu einer Ergebniswirkung führen, wenn durch eine potenzielle Barwertsenkung eine Drohverlustrückstellung auf das Zinsbuch der ILB vorzunehmen ist. Eine Rückstellung ist dann zu bilden, wenn der Buchwert des ILB Zinsbuchs den Barwert abzüglich künftiger Verwaltungs- und Risikokosten überschreitet. Quantifiziert werden diese Einflüsse über Auswirkungsanalysen potenzieller Zinsentwicklungen. Als Basis dient die Zinsentwicklung gemäß aktueller Prognose, die im Rahmen von Szenariobetrachtungen variiert wird. Die angewandten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet und sollen Zinsentwicklungen in alle möglichen Richtungen (Parallelverschiebungen, Drehungen, usw.) abbilden.

Die Risikoauslastung für Zinsänderungsrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:

# Entwicklung Zinsergebnisrisiko per Stichtag für den Ein-Jahreshorizont (in Mio. Euro)



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2017 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit in Höhe von 15 Millionen Euro wurde im Berichtsjahr jederzeit eingehalten und für das Folgejahr 2017 mit maximal 7 Millionen Euro ausgelastet. Schwankungen im Jahresverlauf entstehen insbesondere durch Veränderungen der kurzfristigen Cashflowstrukturen, welche im Wesentlichen durch Zinsfixings im zinsvariablen Geschäft beeinflusst werden. Die langfristige Cashflowstruktur orientiert sich in dieser Anlage an die strategisch vorgegebene Benchmarkstruktur und ist hierdurch relativ stabil.

Ergänzend zur Überwachung des periodischen Zinsänderungsrisikos in der Risikotragfähigkeit erfolgt die operative Steuerung des Zinsänderungsrisikos in der ILB mit Hilfe der barwertigen Bewertung der Zahlungsströme aller zinsänderungsrelevanten Geschäfte. Die Ergänzung dient einer adäquaten operativen Steuerung bei gleichzeitig konsistenter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Die Bank berücksichtigt für die Risikoermittlung sämtliche zinstragende Positionen des Zinsbuches bis zu ihrem Zinsbindungsende. Die ILB hat keine kapitalvariablen Produkte mit unbestimmter Laufzeit in ihren Büchern. Damit entfällt die Notwendigkeit der Integration von Modellen zur Ablauffiktion im Zinsbuch der Bank.

Die in der ILB verwendete Software erlaubt eine integrierte Zinsbuchsteuerung. Neben der periodenorientierten Messung des Zinsänderungsrisikos zum Zwecke der Risikotragfähigkeitsberechnung, besteht damit die Möglichkeit der operativen barwertigen Messung des Zinsänderungsrisikos. Die Überleitung des periodischen Erfolges in eine barwertige Darstellung ist damit aus demselben Steuerungssystem möglich.

Die Höhe des maximal einzugehenden Zinsänderungsrisikos wird mit Hilfe des Value-at-Risk (VaR) auf Basis der "Modernen historischen Simulation" und einer Haltedauer von einem Monat in Übereinstimmung mit den Vorgaben in der periodischen Sicht limitiert. Grundlage der historischen Simulation sind Auswirkungen von in der Realität beobachteten Zinsveränderungen innerhalb eines 10-Jahreszeitraums mit 2.500 historischen Zinskurven auf den Zinsbuchbarwert der Bank. Als Parameter hat die Bank ein Konfidenzniveau von 99 % festgelegt.

Neben dieser Value-at-Risk-basierten Messung der Zinsänderungsrisiken ergibt sich aus den aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Jahr 2016 ein weiteres Steuerungsmaß. Wenn der sogenannte Basel II Zinsschock in Höhe von 200 Basispunkten zu einem Barwertverlust des Zinsbuches von über 20 % der anrechenbaren Eigenmitteln führt, gilt ein Institut als "Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken". Jene Institute müssen gegenüber der Aufsicht nachweisen, dass die erhöhten Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit verkraftbar sind, was über ein "erweitertes Prüfkriterium" sichergestellt werden soll. Dieses Kriterium wird in der ILB ebenso limitiert.

Neu ergeben sich seit dem Stichtag 31.12.2016 zusätzliche Anforderungen aus der Allgemeinverfügung zu Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken. Die Eigenmittelanforderung wird hierbei aus der Verhältniskennzahl zwischen den barwertigen Auswirkungen des Basel II Zinsschocks und dem aufsichtsrechtlichen Gesamtrisikobetrag abgeleitet.

Neben der Begrenzung des Zinsänderungsrisikos erfolgten die Messung und eine an einer Benchmark orientierten Steuerung der Effizienz der durch die Fristentransformation eingegangenen offenen Positionen. Ziel ist es, das Chance-Risiko-Verhältnis der ILB unter Beachtung eines vorgegebenen Toleranzbereichs auf Basis dieser Benchmark zu optimieren.

Um die Auswirkungen von außergewöhnlichen Marktveränderungen auf das Zinsänderungsrisiko abschätzen zu können, werden zusätzlich hypothetische Extrem- bzw. Worst-Case-Zinsszenarien simuliert.

Insgesamt wurden die durch den Vorstand festgelegten Limite zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Geschäftsjahr 2016 jederzeit eingehalten.

Zur Messung der Prognosegüte des angewendeten Modells zur Risikomessung führt die ILB ein Backtesting zu den Berichtsstichtagen durch. Dazu werden die prognostizierten Wertverluste (VaR) mit den tatsächlich eingetretenen Wertverlusten abgeglichen. Zu allen getesteten Stichtagen blieben die festgestellten Barwertveränderungen unterhalb des VaR. Die Ergebnisse des Backtestings zeigen, dass das Risikomodell der ILB die Zinsänderungsrisiken ausreichend berücksichtigt.

Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Handelstäglich werden im Rahmen der operativen Steuerung der Value at Risk, das erweiterte Prüfkriterium und der Benchmarkhebel ermittelt sowie deren Limiteinhaltung geprüft. Monatlich wird der Vorstand im Risikobericht durch die Leitung der Risikocontrollingfunktion über die eingegangenen Zinsänderungsrisiken aus Sicht der operativen Steuerung für die Risikotragfähigkeit informiert. Zusätzlich werden Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert, um die Auswirkungen von außergewöhnlichen Marktveränderungen auf das Zinsänderungsrisiko abschätzen zu können.

Bei Überschreiten von Limiten werden durch den Bereich Risikocontrolling/Finanzen unverzüglich der Vorstand und der Bereich Treasury benachrichtigt.

Die Berichterstattung zum Zinsänderungsrisiko enthält auch die aufsichtsrechtliche Kennziffer bezüglich der Auswirkungen eines standardisierten Zinsschocks und den daraus resultierenden Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken.

#### 4.2.2 Kurswertrisiko

Die ILB ist als Nichthandelsbuch klassifiziert. Dies bedeutet, dass die Bank keinen aktiven Handel mit Wertpapieren, Fondsanteilen, Währungen, Derivaten oder Rohstoffen zum Zwecke der Gewinnerzielung durchführt. Damit bestehen keine Kursrisiken und sonstige Preisrisiken (z. B. aus Devisen, Edelmetallen usw.).

Die ILB kauft Wertpapiere grundsätzlich mit der Absicht diese bis zur Endfälligkeit im Bestand zu halten (Dauerbesitzabsicht). Auch der Anlagehorizont des Spezialfonds ist langfristig ausgerichtet. Die ILB ordnet daher alle Wertpapiere und den Spezialfonds dem Anlagebestand zu. Die Bewertung der Wertpapiere und des Spezialfonds erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Damit haben Kurswertänderungen keine Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis der ILB. Kurswertschwankungen führen, sofern die vollständige Rückzahlung der Forderung sichergestellt ist, nicht zu dauerhaften Verlusten. Das Kurswertrisiko zählt damit nicht zu den wesentlichen Risiken der ILB. Eine Limitierung von Kurswertrisiken und Anrechnung auf das Gesamtbanklimit erfolgt vor diesem Hintergrund nicht.

Die ILB sieht in der derzeitigen Planung für den Spezialfonds bis 2018 eine Ergebnisthesaurierung vor, infolgedessen derzeit kein Ausschüttungsrisiko besteht.

Kurswertänderungen bei Wertpapieren werden in der ILB beobachtet, um sowohl Risiken aus möglichen Reduzierungen von Refinanzierungspotenzialen bei offenmarktfähigen Wertpapieren abschätzen, als auch Kursveränderungen, die auf latente Kreditrisiken schließen lassen, identifizieren zu können.

# 4.2.3 Währungsrisiko

Geschäfte in Fremdwährungen werden unmittelbar bei Geschäftsabschluss mit Hilfe von Zinswährungsswaps vollumfänglich abgesichert, so dass hieraus keine Währungsrisiken für die ILB resultieren.

# 4.2.4 Implizite Optionen

Unter impliziten Optionen im Zinsbuch sind Rechte der Kunden zu verstehen, die über vertragliche Sondertilgungsrechte sowie über Kündigungsrechte nach dem BGB verfügen. Es handelt sich dabei um eine Option bzw. ein Recht des Kunden, aber nicht eine Pflicht Sondertilgungen vorzunehmen. Dieses Recht stellt für die ILB ein Risiko dar. Jede Ausübung einer solchen Option stellt eine Abweichung von den regulären Rückflüssen dar und hat Auswirkungen insbesondere auf das Zinsergebnis, den Barwert und die gemessenen Zinsänderungsrisiken. In der gegenwärtigen Niedrigzinsphase werden durch Kunden vermehrt langfristige Zinsbindungen nachgefragt und abgeschlossen, die der gesetzlichen Kündigungsmöglichkeit entsprechend § 489 BGB unterliegen. Eine Einbindung von impliziten Optionen in die Zinsbuchsteuerung wurde deshalb im Berichtsjahr beschlossen und wird zum Jahresanfang 2017 vollständig umgesetzt.

# 4.2.5 Sonstige Preisrisiken

Die ILB hielt im Berichtszeitraum keine Aktien. Aktienkursrisiken und sonstige Preisrisiken bestehen für die Bank daher nicht.

# 4.2.6 Chancen

Die Transformationsfunktion der ILB bei Zinsänderungsrisiken ist auf die Sicherung eines langfristig stabilen Beitrages zum Zinsergebnis der Bank gerichtet. Die ILB geht daher Zinsänderungsrisiken nur in einem begrenzten Umfang ein. Damit sind Risiken, aber auch Chancen, in ihrem Umfang grundsätzlich beschränkt. Zusätzliche Chancen eröffnen sich, sofern die Zinsstruktur bei weiterhin niedrigen Geldmarktzinsen an Steilheit zunimmt. EZB-Projektionen als auch die aktuelle Wirtschaftslage legen eine

weiterhin andauernde Niedrigzinsphase nahe. Die Rahmenbedingungen für die Fristentransformation werden damit auch zukünftig positiv und stabil eingeschätzt.

Veränderungen von Preisen im Wertpapierbestand der ILB (Kurswertrisiken) haben aufgrund der Dauerhalteabsicht der ILB keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank. Mit fehlenden Risiken aus Marktpreisschwankungen gehen fehlende Chancen einher. Veränderungen von Preisen im Wertpapierbestand der ILB (Kurswertrisiken) haben aufgrund der Dauerhalteabsicht der ILB keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank. Mit fehlenden Risiken aus Marktpreisschwankungen gehen fehlende Chancen einher.

# 4.3 Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken lassen sich in zwei Dimensionen unterscheiden. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne versteht man im Allgemeinen die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommen zu können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen besteht ein Liquiditätsspreadrisiko (Liquiditätsrisiko im weiteren Sinne). Dies entsteht dadurch, dass sich die Bank, aufgrund einer Änderung der eigenen Bonität, mit benötigten Mittel nur zu veränderten Konditionen eindecken kann.

Die ILB ist hinsichtlich der Liquiditätsrisiken grundsätzlich risikoavers. Liquiditätstransformationen sind jedoch unter Wahrung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit zur Differenzierung der Ergebnisbeiträge zulässig.

# 4.3.1 Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko)

Für die ILB wurden folgende Arten des Zahlungsunfähigkeitsrisikos identifiziert:

- Refinanzierungsrisiko: Anschlussrefinanzierungsrisiko durch unterschiedliche Kapitalbindungsfristen auf der Aktiv- und der Passivseite der Bilanz.
- Terminrisiko: Verzögerungen von Rückzahlungen im Kreditgeschäft
- Abrufrisiko: sofortige Inanspruchnahme offener Auszahlungsverpflichtungen, unerwarteter Abzug von Einlagen.
- Marktwertrisiko: Wertverluste offenmarktfähiger Aktiva, die zur Refinanzierung dienen können

Terminrisiken und Abrufrisiken haben in der ILB eine untergeordnete Bedeutung. Das passive Abrufrisiko entfällt, da die ILB kein Einlagengeschäft betreibt.

Die Liquiditätssteuerung erfolgt im Rahmen der täglichen Disposition in dem Bereich Treasury. Hier wird auf Basis der erwarteten Zahlungseingänge und -ausgänge die Geldaufnahme bzw. -anlage anhand der vertraglich festgelegten Geschäfte sowie der Meldungen der Fachbereiche gesteuert. Entsprechend ihrer Geschäftstätigkeit verfügt die ILB über einen hohen Anteil an fixierten und damit planbaren Zahlungsströmen.

Aufgrund der Wesensungleichheit des Risikos gegenüber der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung erfolgt die Messung und Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos durch eine Gegenüberstellung von Refinanzierungsbedarf zum vorhandenen Refinanzierungspotenzial in einem eigenen Steuerungsprozess. Fokus ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.

Zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit stehen der ILB Geldmarktlinien bei Geschäftsbanken, ein Portfolio an Wertpapieren und Kreditforderungen zur Verfügung, die im Rahmen der Offenmarktgeschäfte über die Deutsche Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank oder über Wertpapierpensionsgeschäfte zur kurzfristigen Refinanzierung eingesetzt werden können. Die ILB hat eine ausreichend bemessene, nachhaltige Liquiditätsreserve in Form von notenbankfähigen Sicherheiten definiert, die es ihr erlaubt, den zusätzlichen Liquiditätsbedarf abzudecken, der unter Stressbedingungen entstehen kann. Damit besitzt die ILB ein umfangreiches Refinanzierungspotenzial, das es ihr auch in extremen Belastungssituationen ermöglicht, weitgehend unabhängig von der allgemeinen Marktlage ausreichend Liquidität zu generieren. Bei Überschreiten von festgelegten Grenzen

werden in Abhängigkeit von der Belastungssituation geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätslage eingeleitet. Die Überwachung erfolgt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen und mündet über den monatlichen Risikoreport in der monatlichen Risikoberichterstattung an den Vorstand. Die Berichterstattung zur kurzfristigen Liquiditätssituation wird um eine langfristige Darstellung auf einen 10-Jahreshorizont sowie der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern ergänzt.

Die ILB verwendet zur Messung des Liquiditätsrisikos eine Software, die eine integrierte Steuerung der Zins- und Liquiditätsrisiken ermöglicht. Auswirkungen von Geschäftsveränderungen sind damit im Plan- und Ist-Geschäft unter Ertrags-, Zinsrisiko- und Liquiditätsrisikoaspekten auswertbar.

Die ILB hatte im abgelaufenen Jahr jederzeit die Möglichkeit, sich sowohl im Interbankenmarkt als auch über Wertpapierpensionsgeschäfte mit ausreichender Liquidität zu versorgen. Sie hat darüber hinaus mit deutschen und europäischen Förderbanken Verträge über langfristige Refinanzierungsmöglichkeiten abgeschlossen. Die ILB verfügte im Jahresverlauf 2016 jederzeit über ein ausreichendes, ungenutztes Liquiditätspotenzial. Die Liquiditätsreserve musste zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

Die aktuell gültigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität wurden mit großen Puffern erfüllt: Die Liquidity Coverage Ratio, die das kurzfristige Liquiditätsrisiko angibt, bewegte sich im Geschäftsjahr gemäß monatlicher aufsichtsrechtlicher Meldung zwischen 196 % und 769 % (gefordert: mindestens 70 %).

## 4.3.2 Liquiditätsrisiko im weiten Sinne (Liquiditätsspreadrisiko)

Auch unter Einhaltung der Zahlungsfähigkeit besteht ein Risiko in den Kosten der Liquidität. Es besteht bei unvollständiger Kongruenz der Fristigkeiten zwischen Mittelaufnahme und -anlage die Gefahr, dass bei Verschlechterung ihrer Bonität die ILB entsprechende Anschlussgeschäfte nur zu höheren Refinanzierungskosten schließen kann (Ausweitung der Liquiditätsspreads). Steigen die Liquiditätsspreads der ILB, so muss die vorhandene Refinanzierungslücke zu erhöhten Kosten geschlossen werden. Dieses Risiko spiegelt sich in der periodischen Risikobetrachtung in einem Rückgang des Zinsergebnisses wider.

Die Verbindlichkeiten der Bank sind durch die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung sowie Haftungsgarantie des Landes Brandenburg gesichert.

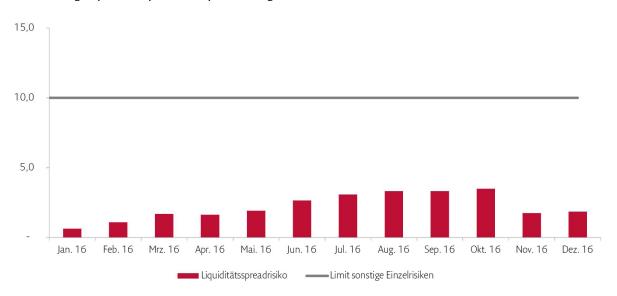
Deshalb verfügt die ILB über die Möglichkeit, sich Liquidität zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu verschaffen, da sie seitens der Kontrahenten bonitätsmäßig vergleichbar zum Bundesland Brandenburg eingestuft wird.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Bank, dass sie sich prinzipiell auch zukünftig zu erstklassigen Konditionen refinanzieren

Die Auswirkungen potenzieller und realistischer Liquiditätsspreadanstiege werden als gering angesehen. Im Risikotragfähigkeitskonzept wird jedoch ein Modell zur Quantifizierung dieser Risikoart vorgehalten. Hierbei erfolgt auf Basis von historisch beobachteten Veränderungen der ILB-Liquiditätsspreads eine Simulation der Auswirkungen von potenziellen Erhöhungen der Refinanzierungskosten auf das Zinsergebnis für das laufende und folgende Jahr. Die Anrechnung der Risikoinanspruchnahme erfolgt auf das Limit für sonstige Einzelrisiken. Die Überwachung erfolgt monatlich und das Reporting ist in den Bericht zum Risiko auf Gesamtbankebene sowie dem monatlichen Risikobericht integriert.

Die Risikoauslastung für Liquiditätsspreadrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:

# Entwicklung Liquiditätsspreadisiko per Stichtag für den Ein-Jahreshorizont (in Mio. Euro)



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2017 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit für sonstige Einzelrisiken in Höhe von 10 Millionen Euro wurde im Berichtsjahr jederzeit eingehalten und für das Folgejahr 2017 mit maximal 3,5 Millionen Euro durch die Liquiditätsspreadrisiken ausgelastet. Die Schwankungen des Liquiditätsspreadrisikos gehen mit der Entwicklung der kurzfristigen Refinanzierungslücke einher und sind in ihren absoluten Höhen als unkritisch einzustufen.

# 4.3.3 Chancen

Die ILB kann sich aufgrund ihres Status als Förderbank sowie der Haftungsgarantie des Landes Brandenburg zu günstigen Konditionen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren. Zusätzliche Chancen eröffnen sich, wie in Zeiten angespannter Finanzmärkte bereits beobachtet, bei einer weiteren Reduzierung des eigenen Refinanzierungsspreads und gleichzeitiger Ausweitung der Refinanzierungsspreads im Finanzumfeld.

## 4.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko (OpRisk) beinhaltet die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Einflüsse auftreten.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit kann die ILB operationelle Risiken nicht ausschließen. Grundsätzlich werden Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, vermieden bzw. es wird entsprechende Vorsorge durch Risikoüberwälzung (z. B. Versicherung) oder Risikoverminderung (Schadensverhütung) betrieben.

Durch die Weiterführung und Übernahme von weiteren Geschäftsbesorgungsaktivitäten und der damit verbundenen, bewussten Übernahme von operationellen Risiken versucht die ILB, ihr Risiko- und Ertragsprofil weiter zu diversifizieren.

Die ILB setzt ein integriertes IT-System auf SAP-Basis ein. Die operationellen Risiken werden damit unter anderem auf der Basis von IT-Systemen mit umfangreichen technischen Kontrollen und einer Anbindung an Steuerungssysteme mit besonderen Überwachungs-, Steuerungs- sowie Informationslogiken überwacht und im Sinne einer Minimierung gesteuert.

Den Kern der IT-Governance bildet ein Informationssicherheits-Management-System (ISMS). Daraus leiten sich Vorgaben und Zuständigkeiten für das Management von Berechtigungen, Veränderungsprozessen, der IT-Sicherheit und von Notfallplänen, Ereignissen und Problemen ab. Die aus den umfangreichen IT-Risikomanagementprozessen verbleibenden Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch die Anrechnung auf das operationelle Risiko abgedeckt

Das Verlustpotenzial aus operationellen Risiken wird in der ILB nicht zu Steuerungszwecken detailliert quantifiziert. Über realisierte Verluste aus operationellen Risiken in Form von Schadensfällen wird in der Risikoberichterstattung eingegangen, sofern sie die melderelevante Schwelle überschreiten. Es erfolgt eine qualitative Steuerung mit folgendem Ansatz: Das Verfahren zum Management operationeller Risiken wird unterstützt durch eine bankweit transparente Kommunikation und Dokumentation. Die Vermeidung von operationellen Risiken steht in der ILB stets im Vordergrund.

Zur Steuerung der operationellen Risiken hat die ILB ein OpRisk-Controlling etabliert, das den gesamten Prozess des Managements von operationellen Risiken koordiniert. Das OpRisk-Controlling ist aufbauorganisatorisch dem Bereich Risikocontrolling/Finanzen zugeordnet. Grundsätzlich werden alle mit dem operationellen Risiko der Bank im Zusammenhang stehenden Fragen an diese Organisationseinheit gerichtet. Darüber hinaus wurden für Teilrisiken Verantwortlichkeiten innerhalb der Bank zugeordnet. Die Verantwortlichen der Teilrisiken stellen die angemessene Beurteilung und ggf. einzuleitende Maßnahmen für ihre Risikoart sicher. Dies erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoinventur, der regelmäßigen Auswertung der Risikoindikatoren sowie durch die Mitgliedschaft im Expertengremium. Das Expertengremium findet halbjährlich statt und dient der Befassung mit gemeldeten Schadens-/ Risikofällen des vergangenen Halbjahres. Darüber hinaus werden sachdienliche Hinweise für das OpRisk-Controlling und dessen weitere Optimierung diskutiert. Neben den Verantwortlichen der Teilrisiken nehmen Mitarbeiter aus exponierten Organisationseinheiten der Bank teil, bei denen Anhaltspunkte auf operationelle Schäden/Risiken offenkundig werden können: Risikocontrolling, Kundenbuchhaltung, Compliance-Office und Revision.

Im Jahr 2016 wurde die Risikoinventur zu operationellen Risiken erweitert. Neben einer vollständigen Überarbeitung des zugrunde liegenden Fragebogens, wurde zusätzlich ein Self Assessment unter Beteiligung aller Bereiche sowie der Stabstellen durchgeführt. Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Auswertung des ersten Self Assessments zeigten sich keine unerwarteten Risiken. Grundsätzlich sind in der ILB allgemeine Kontrollsysteme, wie das Vieraugenprinzip oder Kompetenzregelungen, schriftliche Ordnungen sowie ein bewusster Umgang mit Risiken implementiert. Hierdurch wird das Risiko von Schäden reduziert, was sich auch in der größtenteils mit "sehr niedrig" bis "niedrig" bewerteten Eintrittswahrscheinlichkeit sowie in den ebenfalls überwiegend mit "sehr niedrig" bis "niedrig" eingestuften Schadenhöhen widerspiegelt. Darüber hinaus gibt es beispielsweise Konzepte für die IT-Sicherheit sowie Notfallpläne.

In den Bereichen sind die spezifischen Problemlagen bekannt. Entsprechende Maßnahmen werden ergriffen bzw. erarbeitet. Neue und bisher nicht mit Maßnahmen entdeckte Risiken zeigten sich nicht.

Insgesamt konnte durch das Self Assessment eine Übersicht der Risiken in der Gesamtbank ermittelt werden. Diese kann zukünftig als Basis für einen detaillierteren Einblick in das OpRisk der verschiedenen Bereiche und Referate dienen.

Bei der monetären Auswertung zeigte sich einerseits, dass die erwarteten Schäden unauffällig sind und unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle liegen, und andererseits, dass in der Szenariobetrachtung die Werte deutlich unterhalb des Limits von 15 Millionen Euro für Operationelle Risiken liegen.

Die ILB erhebt regelmäßig Informationen über operationelle Risiken und Schäden. Jeder Mitarbeiter hat darüber hinaus in seinem Umfeld kritisch auf operationelle Risiken und Schadensfälle zu achten.

Grundsätzlich ist vom "Entdecker" eines Risikos oder Schadensfalls eine Meldung an den für seine Organisationseinheit zuständigen Bereichsleiter vorzunehmen. Die Verantwortung für die Identifikation operationeller Risiken und die Meldung von Schadensfällen trägt der jeweilige Bereichsleiter, der diese an das OpRisk-Controlling weiterleitet. Die ILB erfasst Schäden, z. B. in einer Schadensfalldatenbank, und analysiert ihr operationelles Risiko mittels Risikoinventuren, Risikolandkarten oder Risikoindikatoren, um frühzeitig Potenziale zu erkennen. Der Einsatz dieser Instrumente berücksichtigt bereits Anforderungen an Stresstests, da sie Szenarien zum möglichen Eintritt operationeller Schäden einbezieht. Alle Führungskräfte des Hauses befassen

sich im Rahmen des OpRisk-Controllingprozesses halbjährlich mit den Risikopotenzialen ihrer Bereiche und erstatten darüber Bericht. Dies unterstützt die Sensibilisierung der Bank im Umgang und Erkennen von operationellen Risiken.

Der Vorstand wird über eingetretene Schadensfälle im Rahmen von Ad-hoc-Berichten informiert. Darüber hinaus wird der Vorstand durch das OpRisk-Controlling im Rahmen von Quartalsberichten über die Risikosituation informiert.

Zur Abbildung der operationellen Risiken in der Risikotragfähigkeit wird auf die Berechnungsmethodik entsprechend dem Basisindikatoransatz nach CRR und damit auf eine pauschale Ermittlung des Verlustpotenzials zurückgegriffen. Zur konsistenten Einbindung in das Risikotragfähigkeitskonzept wird das Risikomessverfahren mit Hilfe von Verteilungsannahmen auf ein Konfidenzniveau von 99,0 % angepasst. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Risiken im Jahr linear verteilen, weshalb die Periodisierung der Risiken ebenso zeitanteilig linear erfolgt. Die Berechnung erfolgt monatlich unter Berücksichtigung des hochgerechneten Ergebnisses für das laufende und das Folgejahr. In der Betrachtung des laufenden Jahres gehen bereits realisierte GuV-wirksame operationelle Risiken als Aufwendungen in die Hochrechnung des Jahresergebnisses und damit das Risikodeckungskapitals mindernd ein.

Die Risikoauslastung für Operationelle Risiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:

# Entwicklung Operationelles Risiko per Stichtag für den Ein-Jahreshorizont (in Mio. Euro)



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2017 angegeben, die sich jederzeit auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 15 Millionen wurde durchgängig eingehalten und mit maximal 12,1 Millionen Euro ausgelastet. Der Risikobetrag ist aufgrund der Berechnungsmethodik und der stabilen Ergebnisprognosen der ILB im Zeitablauf sehr konstant.

#### 4.4.1 Betriebliches Risiko

Geringere Risiken werden unter Abwägung der Wirtschaftlichkeit übernommen. Diesen Betriebsrisiken begegnet die ILB durch ein angemessenes internes Kontrollsystem. Darüber hinaus besteht für eventuell eintretende Schäden im ausreichenden Maße Versicherungsschutz.

Auf Grundlage einer Business Impact Analyse wurde ein Notfallhandbuch für alle Bereiche der ILB geschaffen, in dem Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der geschäftskritischen Bankprozesse in Notfallsituationen dokumentiert sind.

Die ILB errichtet in der Innenstadt Potsdams ein neues Verwaltungsgebäude. Der Bezug des Neubaus ist im 1. Halbjahr 2017 vorgesehen. Das Projekt Neubau ist für die Bank von hoher Relevanz. Um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen, wird das Projekt für dessen Dauer innerhalb einer eigenen Organisationseinheit (Stabsreferat ILB Neubau) sowie unter Einsatz von externen Experten gesteuert. Interne Prozesse und Berichterstattungen sorgen für eine zeitnahe Information des Vorstands. Die ILB sieht in diesem Projekt prinzipiell ein Risiko, das jedoch in seiner Gesamtheit und den Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Bank als beherrschbar eingeschätzt wird.

#### 4.4.2 Rechtliches Risiko

Rechtsrisiken bestehen hinsichtlich der materiellen Wirksamkeit von Verträgen, Bescheiden, Vollmachten/Vertretungsbefugnissen sowie der Einhaltung von Formvorschriften, insbesondere im Hinblick auf neue Gesetze und Rechtsprechung.

Diesen Rechtsrisiken begegnet die ILB durch den Einsatz standardisierter, vom Referat Recht freigegebener und fortlaufend aktualisierter Dokumente sowie durch die frühzeitige Einbindung des Rechtsreferates in Entscheidungen, die verpflichtende oder begünstigender Rechtswirkung für die Bank haben können.

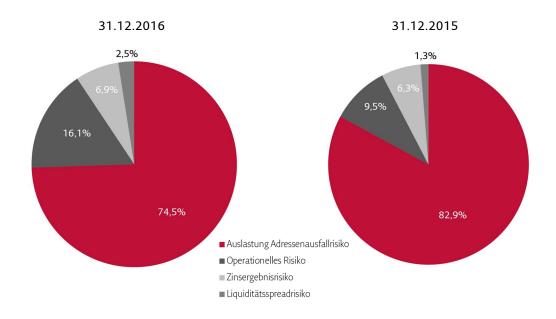
## 4.4.3 Modellrisiko

Das Modellrisiko ist der mögliche Verlust, den ein Institut als Folge von Entscheidungen erleiden kann, die im Wesentlichen auf der Grundlage von Ergebnissen interner Modelle getroffenen werden, die in der Entwicklung, Umsetzung oder Anwendung fehlerhaft sind.

Die ILB begegnet diesem Risiko durch eine konservative Ermittlung der Risiken ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten sowie zeitnaher Durchführung von Validierungen und Prüfungen der Messverfahren für die Risikoarten.

# 5. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zum 31. Dezember 2016 stellte sich die Verteilung des Gesamtrisikos auf die einzelnen Risikoarten, angegeben in Prozent der Auslastung des Gesamtbankrisikos für das Folgejahr, im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:



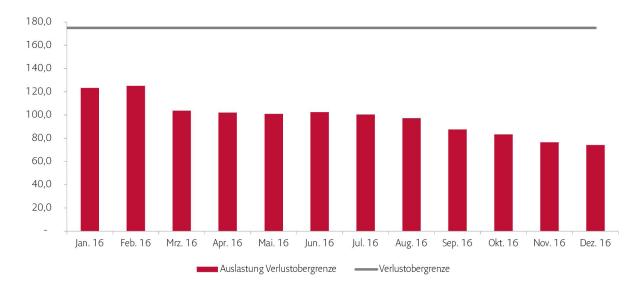
Die Gegenüberstellung der prozentualen Anteile der Risikoarten zeigt im Jahresvergleich keine wesentliche Veränderung der Zusammensetzung des Gesamtrisikoprofils. Die absolute Risikoauslastung sank im Jahresvergleich deutlich, wodurch sich die Relationen veränderten.

Mit 74,5 % stellte das Adressenausfallrisiko unverändert den größten Anteil dar. Gegenüber dem Stichtag 31.12.2015 fiel dessen Anteil um neun Prozentpunkte. Dies geht mit dem Rückgang der Risikoüberzeichnung durch die Einführung der SR-Ratingsystematik einher. Dabei trug das Adressenausfallrisiko den wesentlichen Anteil am Rückgang der Gesamtrisikoauslastung bei. Das Marktpreisrisiko erreichte einen Anteil von 6,9 % am Gesamtrisiko der ILB, welcher somit im Vergleich zum Vorjahr stabil bliebt. Hier spiegeln sich die Zinsänderungsrisiken aus der Fristentransformation wider.

Das pauschal ermittelte Verlustpotenzial aus operationellen Risiken beanspruchte 16,1 % des Gesamtrisikos der ILB wobei der absolute Risikobetrag im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant blieb.

Der Anteil der sonstigen Risiken betrug 2,5 % und war im Vorjahresvergleich gestiegen. In dieser Position berücksichtigt die ILB das Risiko, sich nur zu schlechteren Konditionen refinanzieren zu können (Liquiditätsspreadänderungsrisiko). Das Liquiditätsspreadrisiko ist mit seiner absoluten Risikohöhe weiterhin von untergeordneter Bedeutung.

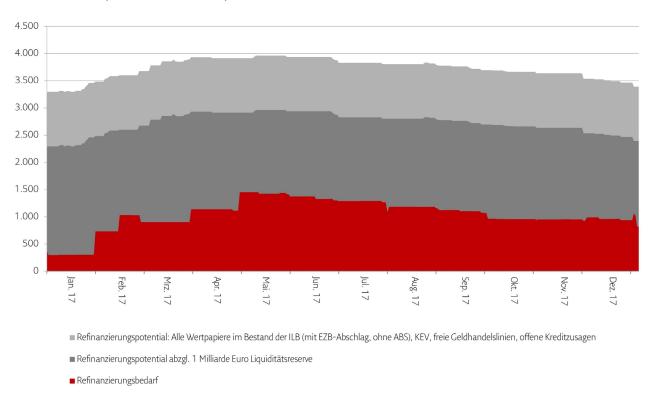
# Entwicklung Auslastung Verlustobergrenze per Stichtag für den Ein-Jahreshorizont (in Mio. EUR)



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Gesamtrisikoauslastung des Folgejahres 2017 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Die in der Verlustobergrenze festgelegte Begrenzung der Risikopositionen in Höhe von 175 Millionen Euro wurde im Geschäftsjahr 2016 jederzeit eingehalten und im Februar mit maximal 72 % ausgelastet. Zum 31.12.2016 betrug die Auslastung für das Folgejahr 2017 lediglich 74 Millionen Euro und damit 42 % der Verlustobergrenze. Insgesamt wurde die Auslastung der Verlustobergrenze durch den Rückgang der Adressenausfallrisiken dominiert. Die eingegangenen Risiken standen somit durchweg im Einklang mit der Risikoeinstellung der ILB. Insgesamt korrespondierte die Auslastung mit der in der Risikostrategie festgeschriebenen Risikobereitschaft der Bank.

Das Liquiditätsrisiko im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, das in einem separaten Steuerungsprozess durch Gegenüberstellung von Refinanzierungsbedarf zu Refinanzierungspotenzial begrenzt wird, stellte sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

#### Normalszenario (Volumen in Mio. EUR)



Der Refinanzierungsbedarf überstieg zu keinem Zeitpunkt das Refinanzierungspotenzial. Er lastete das Refinanzierungspotenzial maximal mit 37 % aus. Die ILB besitzt der Projektion zufolge einen Liquiditätspuffer in ausreichender Höhe, der aus ungenutztem Refinanzierungspotenzial von mindestens 2,3 Milliarden Euro besteht. Die Liquiditätsreserve in Höhe von 1,0 Milliarden Euro wird nicht angegriffen. Die Liquidität ist somit sichergestellt.

# IV Prognosebericht

# 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2016 durch einen soliden Wachstumskurs gekennzeichnet, der im Wesentlichen durch den inländischen Konsum getragen wurde. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum vorherigen Jahr preisbereinigt um 1,9 %.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird sich die gute wirtschaftliche Lage auch in 2017 fortsetzen. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2017 prognostiziert die Bundesregierung für das laufende Jahr eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1,4 %. Der leichte Wachstumsrückgang ist dabei, so der Bericht, nicht Ausdruck einer sich eintrübenden wirtschaftlichen Perspektive, sondern lässt sich zum großen Teil auf eine geringere Anzahl von Arbeitstagen im Jahr 2017 zurückzuführen.

Die ILB erwartet im Jahr 2017 - nicht zuletzt aufgrund des zunächst bis Ende 2017 verlängerten Anleiheankaufprogrammes der EZB - keine stark steigenden Zinsen. Aufgrund der Aussicht auf Zinserhöhungen in den USA sind jedoch leichte Steigerungen im Euroraum für längere Laufzeiten möglich. Spätestens gegen Ende des Jahres wird entscheidend sein, ob und in welchem Umfang

das Kaufprogramm der EZB verlängert wird. Einfluss auf die Kapitalmärkte dürften zudem die Ergebnisse der Wahlen in vielen Ländern der Eurozone, insbesondere in Frankreich und Deutschland, nehmen.

Auch für das Land Brandenburg ist für das Jahr 2017 von einer erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung auszugehen. Der aktuelle Konjunkturreport 2017 des Arbeitskreises der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburgs zeichnet zu Beginn des Jahres ein optimistisches Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage in der Region. Laut Report zeigt sich die Konjunktur in Berlin-Brandenburg – trotz weltpolitischer Risiken – zum Jahresbeginn in Hochform. Mit 135 Punkten bleibt der Geschäftsklimaindex auf hohem Niveau. Im Ergebnis zeichnet die Konjunkturumfrage das Bild eines stabilen, milden konjunkturellen Klimas der Gesamtwirtschaft, in dem weder Überhitzungs- noch Abkühlungstendenzen festzustellen sind. In Brandenburg bewerten rund 94 % der befragten Unternehmen die derzeitige Geschäftslage als "gut" oder "befriedigend", rund 88 % gehen für das laufende Jahr von "eher günstigeren" oder "eher gleichbleibenden" Geschäftserwartungen aus. Zentrale Herausforderung der regionalen Wirtschaft bleibt der Fachkräftemangel.

Zusammenfassend zeigt der Report von Anfang 2017 folgende weitere Ergebnisse für das Land Brandenburg:

- Gute Investitionslaune: Rund 73 % der Unternehmen planen für das Jahr 2017 Investitionen. Zirka 88 % dieser investierenden Unternehmen gehen hierbei von steigenden (33 %) oder zumindest von gleichbleibenden (55 %) Investitionsvolumina aus.
- Positive Beschäftigungserwartungen: 24 % der befragten Unternehmen planen für das Jahr 2017 einen Beschäftigungsaufbau. 62 % der Unternehmen rechnen mit einem gleichbleibenden Beschäftigungsumfang, 14 % mit einem
  Beschäftigungsabbau.

## 2. Wesentliche Einflussfaktoren

Die ILB sieht für ihre Geschäftstätigkeit folgende wesentliche Einflussfaktoren:

# Fördergeschäft:

• In dem für das Land Brandenburg aktuell prognostizierten positiven wirtschaftlichen Umfeld rechnet die ILB für das laufende Jahr mit einem Zusagevolumen von mindestens 1,0 Milliarden Euro. Maßgeblich beeinflusst wird das Fördergeschäft der ILB in 2017 durch die Umsetzung der Richtlinien im Rahmen der aktuellen EU-Förderperiode.

#### Marktumfeld:

• Die anhaltenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Stärkung der konjunkturellen Entwicklung in Europa zementieren das Niedrigzinsniveau und die teilweise nicht mehr adäquaten Risikoprämien an den Märkten für festverzinsliche Wertpapiere. Die Verlängerung des Kaufprogrammes bis vorerst Dezember 2017 spricht momentan für ein Fortbestand der aktuellen Situation.

Regulatorische Rahmenbedingungen:

- Regulatorische Pflichten im Rahmen der CRR sowie sich sukzessiv verschärfende Bestimmungen für das bankinterne
  Risikomanagement erhöhen die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung der ILB. Vor diesem Hintergrund setzt die
  Bank den weiteren Ausbau der anrechenbaren Eigenmittel aus eigenen Erträgen fort.
- Die ILB geht von einem weiteren Ausbau aufsichtsrechtlicher Regularien und damit verbunden hohen Investitionskosten für die erforderliche IT-Infrastruktur aus.

# Liquiditätssituation:

- Kurzfristige Liquidität beschafft sich die Bank über gesicherte Geldaufnahmen in Form von Wertpapierpensionsgeschäften sowie Offenmarktgeschäften bei der EZB (Europäische Zentralbank) bzw. Bundesbank. Daneben nimmt sie ungesichert Geld in Form von Tages- und Termingeldern auf. Aufgrund der guten Refinanzierungsmöglichkeiten der ILB verfügt sie über eine komfortable Liquiditätssituation.
- Langfristig finanziert sich die Bank überwiegend bei nationalen und supranationalen Förderinstituten (KfW, Europäische Investitionsbank, Landwirtschaftliche Rentenbank, Council of Europe Development Bank) und über die Emission von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen. Der Zugang zu diesen Refinanzierungsquellen wird auch zukünftig gegeben sein. Eine Verbreiterung der Refinanzierungsbasis soll durch die Platzierung von börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen erfolgen.
- Der Refinanzierungsbedarf der ILB kann unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen jederzeit gedeckt werden.

## Verwaltungsgebäude:

• Die ILB wird 2017 ihr neues Verwaltungsgebäude in der Babelsberger Straße beziehen. Die Geschäftsfähigkeit der Bank ist zu jeder Zeit sichergestellt.

# 3. Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Auch zukünftig wird die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns stark von der ILB abhängen. Seit 1. Januar 2014 ist die LASA Brandenburg GmbH i. L. Teil des ILB-Konzerns. Die ILB führt gemeinsam mit der LASA Brandenburg GmbH i. L. die Arbeitsförderung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg durch. Zum 1. Juli 2016 erfolgte die Integration der LASA-Mitarbeiter in die ILB. Damit gingen auch die entsprechenden Personalaufwendungen in die GuV der ILB ein. Unter Berücksichtigung der vereinbarten Vergütung für die von den neuen Mitarbeitern erbrachten Tätigkeiten auf Selbstkostenbasis ergeben sich weder auf Ebene der ILB noch auf Konzernebene wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis.

Die Liquidität ist bei der ILB aufgrund der hervorragenden Refinanzierungsmöglichkeiten sichergestellt. Die ILB hat mit deutschen und europäischen Förderbanken langfristige Verträge über Refinanzierungen abgeschlossen. Eine Verbreiterung der Refinanzierungsbasis erfolgt durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen bei institutionellen Investoren. Des Weiteren hat die ILB die Möglichkeit, sich über die EZB bzw. Bundesbank jederzeit kurzfristige Liquidität zu beschaffen. Daneben nimmt sie ungesichert Geld in Form von Tages- und Termingeldern auf.

Aus den verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen (Basel III/ SREP) ergeben sich perspektivisch Auswirkungen auf die Eigenkapitalausstattung der ILB. Um die geplante Geschäftsentwicklung zu realisieren, wird die ILB ihr Eigenkapital durch Gewinnthesaurierung weiter stärken. Es wird eine Eigenkapitalstärkung durch Gewinnthesaurierung von mindestens 20 Millionen Euro angestrebt.

Die unter Basel III implementierten neuen Verschuldungs- und Liquiditätskennziffern, insbesondere die Leverage Ratio, Liquidity Coverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio, werden im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen beobachtet und Maßnahmen zur Erfüllung der entsprechenden Standards fristgerecht umgesetzt.

Nachfolgende Darstellung stellt die geplante Entwicklung des Ergebnisses der ILB ohne kompensatorische Buchungen des ILB-Förderfonds und des Brandenburg-Fonds dar.

Position	2016 TEUR	Plan 2017 TEUR	Veränderung in %
Zinsergebnis	58.219	60.055	3,2
Provisionsergebnis	45.643	51.241	12,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis *	2.549	2.441	-4,2
Personalkosten	38.569	42.524	10,3
Sachkosten	20.697	21.083	1,9
Abschreibungen Betriebsbereich	2.390	5.946	148,8
Ergebnis vor Risikovorsorge/Reservebildung	44.755	44.184	-1,3
Wertberichtigungen auf Forderungen	-3.277	-6.300	92,2
Bewertungsergebnis Wertpapiere	1.885	-387	-120,5
Zuführung Vorsorgereserven	-804	-1.000	24,4
Ergebnis nach Risikovorsorge	42.559	36.497	-14,2
Reservebildung	-26.000	-20.500	-21,2
Zuführung ILB-Förderfonds	-5.000	-5.000	0,0
Jahresüberschuss	11.559	10.997	-4,9

<sup>\*</sup> inklusive außerordentliches Ergebnis, Sonstige Steuern

Die ILB erwartet für das Jahr 2017 eine zufriedenstellende Ertrags- und Finanzlage.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung wird für das Jahr 2017 bei 44,2 Millionen Euro und damit nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau liegen.

Nach wie vor den höchsten Anteil an den Erlösen der ILB wird mit 60,1 Millionen Euro das Zinsergebnis haben. Bedingt durch Einmaleffekte liegt das geplante Zinsergebnis 2017 um 1,8 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 58,2 Millionen Euro. Ursächlicher Treiber für den Anstieg ist im Wesentlichen die spätere Realisierung von Entgelten aus Vertragsänderungen von 2016 ins Jahr 2017 mit einem Effekt im Zinsergebnis von 1,5 Millionen Euro.

Die ILB geht davon aus, dass die geldpolitische Lockerung auch in 2017 fortgeführt oder gegebenenfalls noch verstärkt werden könnte. Entsprechend wird weiterhin mit einem Niedrigzinsumfeld mit negativen Zinssätzen im Geldmarktbereich und langfristigen Kapitalmarktsätzen deutlich unterhalb von 1,0 % gerechnet.

Die ILB profitiert kurzfristig von dieser Entwicklung in Form einer günstigen Refinanzierung bei variabel verzinster Geldaufnahme. Hierbei können Vorteile aus Negativzinsen realisiert werden. Weiterhin erlaubt die Zinssituation positive Erfolge aus der Fristentransformation zu generieren. Langfristig überwiegen jedoch die negativen Auswirkungen so dass für die Zukunft mit rückläufigen Zinsergebnisbeiträgen aus dem Treasurygeschäft gerechnet wird.

Die Zinserträge aus dem Fördergeschäft werden dagegen als stabil eingeschätzt. Hierzu tragen das Bestandsgeschäft der Bank und die neu aufgelegten Produkte bei. Im Rahmen von Szenariobetrachtungen wurden die möglichen Auswirkungen von extremen ad hoc Veränderungen der Zinskurve für das Folgejahr simuliert. Dabei bewegt sich das Planzinsergebnis 2017 in einem Korridor von 49,3 bis 83,5 Millionen Euro. Deutlich negativ reagiert dabei das Zinsergebnis auf einen starken Anstieg der kurzfristigen Zinsen bei inverser Zinsstruktur oder einen starken Anstieg der gesamten Zinsstruktur. Positive Effekte gegenüber der Ausgangsplanung sind bei weiterhin niedrigen Geldmarktsätzen und einer Versteilerung der Zinsstruktur oder auch weiteren Leitzinssenkungen zu beobachten. Die unterstellten Zinsveränderungen stellen Extremausprägungen dar, die hinsichtlich ihres Eintritts als unwahrscheinlich eingeschätzt werden. Für die Mehrzahl der moderateren Zinsszenarien wird der Planansatz des Jahres 2017 bestätigt.

Eine weiter zunehmende Bedeutung für die Ergebnissituation spielt das Provisionsergebnis, das im Jahr 2017 voraussichtlich 51,2 Millionen Euro betragen wird. Es liegt damit rund 5,6 Millionen Euro über dem Ergebnis von 2016. Der Provisionsüber-

schuss basiert im Wesentlichen auf Entgelten für die Geschäftsbesorgung von Förderprogrammen. Er setzt sich zu knapp einem Viertel aus Verwaltungskostenbeiträgen aus der Vergabe von Darlehen aus Treuhandmitteln, zu drei Vierteln aus der Bearbeitung von Zuschussprogrammen und zu einem geringeren Teil aus der Verwaltung von Bürgschaften und Bearbeitung von Darlehen zusammen. Ursache für den Anstieg des Provisionsergebnisses ist insbesondere die Geschäftsausweitung in Folge des Ausbaus der Arbeitsförderung und ELER-Förderung.

Als zentrale Förderplattform für das Land Brandenburg wird die ILB weitere Geschäftsbesorgungsverträge mit dem Land abschließen. Gemäß der in diesem Geschäftsfeld überwiegenden Entgeltstruktur auf Selbstkostenerstattungsbasis sind hier keine wesentlichen positiven oder negativen Auswirkungen auf das Ergebnis der ILB zu erwarten. Dagegen speisen sich die Erträge aus in der Vergangenheit gewährten Darlehen aus Treuhandmitteln im Wohnungsbau aus laufenden Entgelten auf Basis der Bestandsvaluta. Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus sind - über die bereits im verwendeten Planszenario berücksichtigten Sondertilgungen hinaus - zusätzliche außerplanmäßige Tilgungen nicht auszuschließen. Aufgrund einer Szenariobetrachtung wird mit einem Rückgang der Entgelte um 0,5 Millionen Euro gerechnet.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis wird sich im Jahr 2017 auf voraussichtlich 2,4 Millionen Euro belaufen, nach 2,5 Millionen Euro im Jahr 2016.

Die Verwaltungsaufwendungen (Personal-, Sachaufwand und Abschreibungen Betriebsbereich) steigen in 2017 voraussichtlich um 7,9 Millionen Euro auf 69,6 Millionen Euro. Wesentlicher Treiber des Zuwachses wird die in 2017 ganzjährige Wirksamkeit der Integration der LASA Brandenburg GmbH i. L. zum 01.07.2016 sein, bei der den gestiegenen Personalkosten jedoch entsprechende Erlöse aus der Kostenerstattung gegenüberstehen. Mit dem Bezug des Neubaus kommt es zu Verschiebungen des Ausweises der Raumkosten aus dem Sachaufwand in die Positionen Abschreibungen Betriebsbereich (Investitionen Neubau) und Zinsergebnis (Finanzierungsaufwendungen Neubau). Im Einvernehmen mit dem ILB-Bauausschuss wurde der Umzugstermin der ILB in das neue Verwaltungsgebäude von Dezember 2016 in das 1. Halbjahr 2017 verlegt. Die Auswirkungen auf das Ergebnis 2017 sind, bis auf die periodenübergreifende Verschiebung von Umzugskosten, ergebnisneutral. Für Sachaufwand und Abschreibungen Betriebsbereich werden für das Jahr 2017 27,0 Millionen Euro geplant, 3,9 Millionen Euro mehr als der Ist-Wert von 2016. Maßgeblichen Gründe sind der erwartete, steigende externe Aufwand für die Betreuung der Fachanwendungen und den Basisbetrieb sowie, notwendige Beratungsleistungen im IT-Bereich im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlich getriebenen Projekten. Die Verwaltungsaufwendungen der ILB sind zum großen Teil langfristig fixiert. Abweichungen gegenüber der Planung können sich aus Abweichungen der tatsächlichen Aufwendungen für Projekte gegenüber der geplanten Inanspruchnahme externer Dienstleistungen ergeben. Entsprechend der vorsichtigen Planung überwiegen hierbei jedoch die Chancen die möglichen Risiken.

Für Wertberichtigungen auf Forderungen wird im Budget 2017 ein vorsichtig geschätzter Betrag in Höhe von pauschal 6,3 Millionen Euro berücksichtigt.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes wird auf Basis des gemilderten Niederstwertprinzips durchgeführt. Nach dem Vorsichtsprinzip wird zusätzlich ein möglicher Bewertungsbedarf bei Wertpapieren in Höhe von 0,7 Millionen Euro als erwarteter Verlust berücksichtigt. Insgesamt wird ein negatives Bewertungsergebnis von 0,4 Millionen Euro ausgewiesen.

Für die Berücksichtigung von im Kreditgeschäft enthaltenen impliziten Optionen aus gesetzlichen Kündigungsrechten wird den Vorsorgereserven mit 1,0 Millionen Euro ein Betrag in Höhe des Vorjahresniveaus zugeführt.

Der Jahresüberschuss wird im Wesentlichen auf der Höhe des Vorjahres geplant.

Das Ergebnis der ILB wird auch im kommenden Jahr stabil und zufriedenstellend ausfallen und die Grundlage für die weitere erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Bank zum Nutzen des Landes Brandenburg bilden. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die ILB weitere Dotierungen des ILB-Förderfonds, um Kreditprodukte mit Vergünstigungen unter Einsatz eigener Erträge anzubieten. Für das Folgejahr ist eine bedarfsgerechte Dotierung des ILB-Förderfonds von 5 Millionen Euro geplant. Unter Berücksichtigung der aktuellen Planung wird die ILB voraussichtlich auch 2017 ihr Ziel einer Eigenkapitalstärkung um 20 Millionen Euro erfüllen. Die Bilanzsumme wird entsprechend der Planung 2017 bei rund 13,0 Milliarden Euro liegen.

Zum Ende des Jahres 2017 wird die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nochmals leicht anwachsen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten sowie die Teilzeitquote werden sich kaum verändern. Eine leichte Erhöhung erwarten wir im Anteil der befristet Beschäftigten.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit, Vorruhestand, Elternzeit oder sonstigen ruhenden Arbeitsverhältnissen steigt voraussichtlich leicht an.

Die Anzahl der dualen Studentinnen und Studenten wird dem Vorjahresniveau entsprechen.

Das Weiterbildungsangebot wird auf gleichem Niveau weitergeführt.

# V Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie der Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen sowie externen Rechnungslegung.

Die Abwicklung rechnungslegungsbezogener Geschäftsvorfälle erfolgt weitgehend dezentral. Der Vorstand der ILB trägt die Verantwortung für die Gestaltung und Wirksamkeit eines angemessenen rechnungslegungsbezogenen IKS. Die Umsetzung obliegt dem Bereich Risikocontrolling/Finanzen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Bankbetrieb und Unternehmenssteuerung. Die jeweiligen Bereiche sind für die vollständige und richtige Erfassung sowie für die Durchführung und Dokumentation der diesbezüglich erforderlichen Kontrollen zuständig. Die fachliche Verantwortung für die Kontierungsregeln, Buchungssystematik, Bilanzierung und Vorgabe der Bewertungsrichtlinien liegt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Für die handelsunabhängige Durchführung der Bewertung und Ergebnisermittlung ist der Bereich Risikocontrolling/Finanzen verantwortlich.

Der Jahres- und Konzernabschluss wird vom Bereich Risikocontrolling/Finanzen vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. Der Verwaltungsrat bildet aus seinem Kreis einen Prüfungsausschuss. Dieser befasst sich gemäß der Geschäftsordnung unter anderem mit den Beschlüssen zur Rechnungslegung, der Auswahl und Überwachung der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Des Weiteren überwacht der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess sowie die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision. Der Prüfungsausschuss kontrolliert die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Die Hauptversammlung der ILB stellt gemäß Satzung den Jahres- und Konzernabschluss fest. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates und der Ausschüsse über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Er wird von der Hauptversammlung auf Empfehlung des Verwaltungsrates/Prüfungsausschusses gewählt.

In den Konzernabschluss sind neben der ILB zehn verbundene Unternehmen auf vollkonsolidierter Basis einbezogen.

Der Konzernabschluss wird aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen Unternehmen im Bereich Risikocontrolling/Finanzen erstellt. Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge werden entsprechend der einschlägigen Vorschriften des HGB vollständig konsolidiert. Die gesamte Buchhaltung, Erstellung der Jahresabschlüsse, Anpassung an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und die Bewertungsgrundsätze werden ebenfalls in diesem Bereich sichergestellt.

Aufgrund des Geschäftsmodells der ILB und ihrer verbundenen Unternehmen zur Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse wurde auf eine weitergehende Analyse der Marktgerechtigkeit der Geschäfte mit nahestehenden Personen verzichtet.

Der Rechnungslegungsprozess der ILB ist in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen in der "Schriftlich Fixierten Ordnung (SFO)" geregelt, die kontinuierlich aktualisiert wird.

Im standardisierten Steuerungs- und Überwachungsprozess von neuen Produkten sowie neuen Verfahren ist der Bereich Risikocontrolling/Finanzen unter anderem für die rechnungslegungsbezogene Analyse und die Einschätzung der mit neuen Produkten verbundenen Risiken verantwortlich, um eine sachgerechte Abbildung im Buchwerk zu gewährleisten.

Wesentliches Element des internen Kontrollsystems (IKS) im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist neben den Minimalanforderungen des Vieraugenprinzips der Einsatz von Standardsoftware, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Die Marktbereiche sind funktional und organisatorisch von den für Abwicklung, Überwachung und Kontrolle sowie Rechnungswesen verantwortlichen Bereichen getrennt.

Für die ILB und die in den Konzernabschluss auf konsolidierter Basis einbezogenen Tochtergesellschaften der ILB stimmen die internen Kontrollsysteme der Rechnungslegungsprozesse überein.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen gemäß den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) von der Internen Revision überwacht. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden über die Prüfungsergebnisse zeitnah informiert.

Potsdam, 27.03.2017

Der Vorstand der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Tillmann Stenger Vorsitzender des Vorstandes Jacqueline Tag Mitglied des Vorstandes

# Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

## Investitionsbank des Landes Brandenburg

Aktivseite			31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	5.417,26		7
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	10.963.699,29		<u>9.695</u>
darunter:		10.969.116,55	9.702
bei der Deutschen Bundesbank 10.963.699,29 EUR (Vj. 9.695 TEUR)			
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	39.698.578,96		27.305
b) andere Forderungen	2.178.021.668,21		2.287.824
		2.217.720.247,17	2.315.129
3. Forderungen an Kunden		5.009.173.190,53	5.224.400
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert 776.468.332,69 EUR (Vj. 738.064 TEUR)			
Kommunalkredite 3.607.949.297,46 EUR (Vj. 3.576.017 TEUR)			
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten	1.579.006.223,23		1.622.943
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.574.934.113,03 EUR (Vj. 1.618.861 TEUR)			
ab) von anderen Emittenten	1.496.173.151,49		1.432.215
darunter:		3.075.179.374,72	3.055.158
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.455.050.572,69 EUR (Vj. 1.405.579 TEUR)			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		169.832.880,80	149.878
6. Beteiligungen		30.000,00	30
7. Anteile an verbundenen Unternehmen		62.442.701,86	65.703
8. Treuhandvermögen		2.600.729.292,64	2.722.966
darunter:			
Treuhandkredite 2.414.068.410,34 EUR (Vj. 2.564.113 TEUR)			
treuhänderisch gehaltene Wertpapiere 181.814.489,00 EUR (Vj. 148.600 TEUR)			
9. Immaterielle Anlagewerte			
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.451.022,38	2.351
10. Sachanlagen		70.319.323,24	31.318
11. Sonstige Vermögensgegenstände		88.068.543,07	75.645
12. Rechnungsabgrenzungsposten		10.290.916,09	10.194
Summe der Aktiva		13.318.206.609,05	13.662.474

Passivseite	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		125.978.536,78		3.911
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		9.182.927.750,84		9.274.804
- · ·			9.308.906.287,62	9.278.715
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		99.623.748,51		239.906
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		635.703.244,03		<u>761.688</u>
			735.326.992,54	1.001.594
3. Treuhandverbindlichkeiten			2.600.729.292,64	2.722.966
darunter:				
Treuhandkredite 2.414.068.410,34 EUR (Vj. 2.564.113 TEUR)				
treuhänderisch gehaltene Wertpapiere 181.814.489,00 EUR (Vj. 148.600 TEUR)				
4. Sonstige Verbindlichkeiten			13.336.620,79	22.231
5. Rechnungsabgrenzungsposten			80.447.147,54	88.782
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.401.997,00		1.353
b) andere Rückstellungen		9.277.076,35		10.090
			10.679.073,35	11.443
7. Sonderposten für Investitionszuschüsse			19.751.507,04	26.928
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken			332.248.005,36	298.592
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		110.000.000,00		110.000
b) Gewinnrücklagen				
ba) gesetzliche Rücklage	10.763.265,80			10.185
bb) andere Gewinnrücklagen	85.000.000,00			80.000
		95.763.265,80		90.185
c) Bilanzgewinn		11.018.416,37		<u>11.038</u>
			216.781.682,17	211.223
Summe der Passiva			13.318.206.609,05	13.662.474
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			44.988.948,46	37.166
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			350.818.145,32	301.835
3. Verwaltungskredite			67.675.475,60	84.007
4. Verwaltungsbürgschaften			114.869.683,31	138.554

# Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

### Investitionsbank des Landes Brandenburg

				01.0131.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	161.741.656,42			156.651
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	53.574,87			18
	161.688.081,55			
b) festverzinslichen Wertpapieren				
und Schuldbuchforderungen	41.475.845,14			59.899
		203.163.926,69		216.532
2. Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft		150.892.939,98		159.574
abzgl. positive Zinsen aus dem Bankgeschäft		5.947.671,88		1.684
		144.945.268,10	50.210.550.50	157.890
		46.010.500.04	58.218.658,59	58.642
3. Provisionserträge		46.018.528,34		41.349
4. Provisionsaufwendungen		<u>375.157,79</u>	4F C 42 270 FF	442
E. Canadia basishish Fasi			45.643.370,55	40.907
5. Sonstige betriebliche Erträge			10.938.786,33	6.256
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen     a) Personalaufwand				
a) Personalaulwand aa) Löhne und Gehälter	22 706 071 10			31.061
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen	32.706.971,19			31.001
für Altersversorgung und für Unterstützung				
darunter:				
für Altersversorgung 6.549,00 EUR (Vj. 156 TEUR)	5.861.384,74			<u>5.797</u>
		38.568.355,93		36.858
b) andere Verwaltungsaufwendungen		20.697.374,19		20.451
			59.265.730,12	57.309
<ol> <li>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</li> </ol>			2.390.114,90	1.285
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.190.110,83	2.708
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu				
Rückstellungen im Kreditgeschäft			5.489.424,20	807
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen				
behandelten Wertpapieren			1.846.122,89	6.046
11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			33.655.719,26	38.128
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			11.655.839,05	11.614
13. Außerordentliche Aufwendungen			42.693,00	43
14. Sonstige Steuern			54.810,28	57
15. Jahresüberschuss			11.558.335,77	11.514
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			37.997,39	99
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			E77.016.70	
a) in die gesetzliche Rücklage			577.916,79	575
18. Bilanzgewinn			11.018.416,37	<u>11.038</u>

## Anhang und Konzernanhang zum 31. Dezember 2016

Investitionsbank des Landes Brandenburg

## Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

Sitz der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist Potsdam. Die ILB ist unter der Nummer HRA 2414 im Register des Amtsgerichts Potsdam eingetragen.

In den Konzernabschluss sind neben der ILB zehn verbundene Unternehmen auf vollkonsolidierter Basis einbezogen. Die BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH wurde zum 01.01.2016 auf die Tourismusforum Potsdam GmbH verschmolzen. Mit Eintragung ins Handelsregister am 29.07.2016 wurde die BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH gelöscht. Drei Tochterunternehmen wurden gemäß DRS 4 nach der Neubewertungsmethode zum Erwerbszeitpunkt konsolidiert. Die Kapitalkonsolidierung der anderen Tochterunternehmen wurde gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB a. F. auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- oder Gründungszeitpunkt vorgenommen und in zulässiger Weise fortgeführt (Art. 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB).

Im Konzerneigenkapital sind in dem Posten "nicht beherrschende Anteile" die nicht der ILB gehörenden Anteile an zwei vollkonsolidierten Unternehmen gesondert ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden zehn assoziierte Unternehmen und ein Gemeinschaftsunternehmen nicht nach der Equity-Methode bewertet sowie ein Tochterunternehmen nicht vollkonsolidiert, da sie unterhalb der definierten Kriterien für die Wesentlichkeit liegen oder aufgrund von Sicherungsinstrumenten keine Auswirkung auf das Konzernergebnis haben.

Zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind Forderungen und Verbindlichkeiten durch Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB und Aufwendungen und Erträge über die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 HGB vollständig eliminiert. Konsolidierungspflichtige Zwischengewinne gemäß § 304 Abs. 1 HGB lagen nicht vor. Im Rahmen der Konzernüberleitungsrechnung sind Bewertungsansätze der Tochtergesellschaften rückgängig gemacht worden, soweit für die Muttergesellschaft Sicherungsinstrumente zu berücksichtigen waren.

Die geschäftszweigspezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der ILB wurden entsprechend des § 300 Abs. 2 Satz 3 HGB und des § 308 Abs. 2 Satz 2 HGB im Konzernabschluss beibehalten.

# Grundlagen der Rechnungslegung

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), Potsdam, hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 nach handels- und - in analoger Anwendung - aktienrechtlichen Vorschriften sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Der Anhang der Investitionsbank des Landes Brandenburg (Mutterunternehmen) und der Konzernanhang sind gemäß § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Der Jahresabschluss des Mutterunternehmens und der Konzernabschluss werden gemeinsam im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Das Mutterunternehmen, die Investitionsbank des Landes Brandenburg, stellt den Konzernabschluss für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen i. S. § 285 Nr. 14 HGB auf. Der Einzelabschluss der ILB wird in diesen Konzernabschluss einbezogen.

Für den Konzern und die in den Konzern einbezogenen Unternehmen gelten die Ausweis-, Bewertungs- und Verfahrensgrundsätze der ILB, soweit diese nicht ausschließlich Kreditinstituten vorbehalten sind. Im Konzernabschluss wurden zusätzlich die Deutschen Rechnungslegungs-Standards (DRS) beachtet. Die funktionale Währung des Mutterunternehmens ILB ist der Euro.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen werden mit dem Nennwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie die Vorsorgereserve nach § 340f HGB sind von den Buchbeständen abgesetzt. Für die Forderungen an Kreditinstitute, die Wertpapiere inkl. Spezialfonds sowie die Derivate und die Anteile an verbundenen Unternehmen wurde per 31.12.2016 auf der Grundlage des Basis-IRB-Ansatzes mittels interner Ratingeinstufung, der entsprechenden Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), der durchschnittlich unterstellten Verlustquote bei Kreditausfall (Loss Given Default, LGD) pro Ratingstufe und dem IRB-Positionswert der erwartete Verlust auf Einjahreshorizont als Wertberichtigungsbedarf ermittelt. Erstmals wurde auch die Pauschalwertberichtigung für die Forderungen an Kunden nach diesem Verfahren berechnet. Die so ermittelte Zuführung von 3.144 Tausend Euro sowie die Auflösung von 401 Tausend Euro ergaben insgesamt einen Zuführungsbetrag von 2.743 Tausend Euro zur Pauschalwertberichtigung 2016.

Die festverzinslichen Wertpapiere des Anlagebestandes und die Anteile am Spezialfonds, die wie Anlagevermögen bewertet sind, werden zu Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 und 3 HGB bilanziert, abzüglich anteilige Abschreibungen bis zum Rückzahlungswert bzw. bei Anschaffungskosten unter dem Nominalwert zu diesem Wert ausgewiesen. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens und der Anteile am Spezialfonds in der Bilanzposition "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB.

Agiobeträge aus über pari Erwerb werden aufgrund der Rückzahlung zum Nominalwert zeitanteilig abgegrenzt. Bei einem Erwerb unter pari wird das Disagio erst bei Fälligkeit des Wertpapiers erfolgswirksam vereinnahmt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bilanziert. Bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung werden entsprechende Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB vorgenommen.

Die Sachanlagen (ohne Anlagen im Bau und Grundstücke) und die Individual- und Standard-Software als Immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen erfolgen linear. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wird in Anlehnung an die von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen festgelegt. Bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Anschaffungskosten bis 410,00 Euro) wird generell von der Sofortabschreibung im Geschäftsjahr der Anschaffung Gebrauch gemacht.

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die Disagien aus der Aufnahme von Darlehen gemäß § 250 Abs. 3 HGB erfasst und degressiv über die Zinsbindungslaufzeit aufgelöst. Up-Front-Payments werden als Rechnungsabgrenzung bilanziert und laufzeitanteilig aufwandswirksam.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge aus der Vergabe von Darlehen (Disagien) werden gemäß § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB als passive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und laufzeitanteilig zugunsten des Zinsertrages aufgelöst. Ebenso werden die Barwerte der kalkulierten Aufwendungen für zinslos gewährte Förderdarlehen als Bestandteil der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu den Zinsterminen der Refinanzierungsdarlehen zugunsten des Zinsertrages reduziert.

Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zum notwendigen Erfüllungsbetrag gebildet. Soweit Rückstellungen eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, werden sie gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst. In den gebildeten Rückstellungen sind Zinsbeträge in Höhe von 104 Tausend Euro (Vorjahr: 178 Tausend Euro) enthalten.

Das der Ermittlung des Betrages der Pensionsrückstellungen zugrunde liegende Gutachten beruht auf den Vorgaben des HGB.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der "Projected-Unit-Credit-Methode" ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 4,03 % angesetzt (Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 3,28 %). Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde: Gehaltstrend 1,0 % p. a., BBG-Trend 1,0 % p. a. und Rententrend 1,75 % p. a..

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von TEUR 186.

Aus der Erstanwendung des BilMoG und der resultierenden Neubewertung der Pensionsrückstellungen zum 01.01.2010 ergab sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 427 Tausend Euro. Dieser wurde seit 2010 jährlich mit jeweils 42,7 Tausend Euro den Rückstellungen zugeführt. Die verbleibende Unterdeckung zum 31.12.2016 betrug somit 128 Tausend Euro.

Der ermittelte Unterschiedsbetrag gemäß Artikel 67 Abs. 1 EGHGB aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum Stichtag 01.01.2010 wurde entsprechend dem Wahlrecht zu einem Zehntel im Jahresabschluss als außerordentlicher Aufwand berücksichtigt. Die ILB nutzt das Ausweiswahlrecht gem. Auffassung des IDW, dass Auswirkungen der Änderungen des Rechnungszinssatzes nicht zwingend als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen werden müssen.

Die Bilanzierung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgt vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Charakters der abgeschlossenen Vereinbarungen als Abfindungszahlung.

Zur Finanzierung des Anteilserwerbs bzw. zur Eigenkapitalstärkung von fünf Tochtergesellschaften - KBB Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH (KBB), Seed Capital Brandenburg GmbH (SCB), BFB BeteiligungsFonds Brandenburg GmbH (BFB), BFB Brandenburg Kapital GmbH (BFBK) sowie BFB Frühphasenfonds Brandenburg GmbH (BFBF) - erhielt die ILB vom Land Brandenburg bedingt rückzahlbare Darlehen bzw. bedingt rückzahlbare Zuwendungen. Aufgrund der Abrechnung des Beteiligungsfonds des Landes Brandenburg in 2011 wurde das vom Beteiligungsfonds gewährte Darlehen für die Beteiligung an der Tochtergesellschaft KBB in Zuschüsse umgewandelt. Diese bedingt rückzahlbaren Verbindlichkeiten werden im Konzernabschluss gekürzt um die anteiligen Verluste der Tochtergesellschaften ausgewiesen. Die anteiligen Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von 3.560 Tausend Euro (Vorjahr: 5.805 Tausend Euro) gezeigt. Bei Gewinnerzielung der Tochtergesellschaften erfolgt eine anteilige Aufstockung von in Vorjahren reduzierten Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Aufwand aus dieser Aufstockung 384 Tausend Euro. Beim Mutterunternehmen ILB wurde in 2012 der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (bedingt rückzahlbare Zuwendung wegen der Beteiligung an der Tochtergesellschaft SCB) in der Höhe der Abschreibungen für Anteile an verbundenen Unternehmen zugunsten der Gewinn- und Verlustrechnung vollständig aufgelöst.

Die anteiligen Gewinne, die die Tochtergesellschaft BC Venture Capital GmbH (BCV) betreffen, werden im Konzernabschluss separat dargestellt.

Als sonstige finanzielle Verpflichtungen i. S. d. § 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 314 Abs. 1 Nr. 2, 2a HGB werden im Konzernabschluss die Differenzbeträge zwischen dem anteiligen Eigenkapital der Tochterunternehmen und den ursprünglichen Verbindlichkeiten sowie gesellschaftsrechtliche Kapitalauszahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Soweit zukünftig Ausschüttungs- bzw. Liquidationserlöse für die SCB anfallen, sind die Mittel bis zur Höhe des Zuwendungsbetrages von 639 Tausend Euro an das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zurückzuführen.

Das Portfolio der BCV besteht aktuell noch aus einem Unternehmen. Eine ordnungsgemäße Abwicklung der Beteiligung war im Geschäftsjahr 2016 nicht möglich. In Umsetzung der Regelung der Investorenvereinbarung der BCV zur Überschussverteilung wurde der verbleibende Überschuss den Gläubigern anteilig zugewiesen. In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns werden diese Gewinnzuweisungen als nicht beherrschende Anteile gezeigt.

Die Bank designiert Bewertungseinheiten auf der Grundlage des § 254 HGB sowie des IDW RS HFA 35 zur handelsrechtlichen Bilanzierung. Die Bewertungseinheiten der im Bestand befindlichen Mikrohedges dienen der Absicherung der Zinsänderungsrisiken einzelner Grundgeschäfte durch derivative Sicherungsgeschäfte. Für die bilanzielle Abbildung wird die Einfrierungsmethode gem. IDW HFA 35 Tz. 93 angewendet.

Zinsänderungsrisiken aus Vermögensgegenständen mit einem Buchwert in Höhe von 1.764,0 Millionen Euro, Verbindlichkeiten mit einem Buchwert in Höhe von 2.825,5 Millionen Euro und Derivate mit einem Nominalwert in Höhe von 561,4 Millionen Euro waren zum Bilanzstichtag durch Zinsswapgeschäfte in Höhe von 5.078,4 Millionen Euro abgesichert und die Sicherungswirkung in Bewertungseinheiten gebildet. Die berücksichtigten Geschäfte haben eine maximale Restlaufzeit bis zum 10.05.2040.

Die Ermittlung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen im Hinblick auf das abgesicherte Risiko am Abschlussstichtag erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

Darüber hinaus werden alle Zinsswaps des Bankbuches im Rahmen der Zinsbuchsteuerung genutzt.

Entsprechend der Bilanzkonvention der verlustfreien Bewertung (IDW RS BFA 3) wurde kein zinsinduzierter Aufwandsüberschuss ermittelt, für den eine Drohverlustrückstellung zu bilden wäre. Hierzu wurde der Barwert des Gesamtzinsbuches der ILB dem Buchwert der zinstragenden Positionen gegenübergestellt. Da der ermittelte Barwert abzüglich Verwaltungs- und Risikokosten den Buchwert überstieg, war keine Drohverlustrückstellung zu bilden.

Für die zins- und zinswährungsbezogenen außerbilanziellen Geschäfte werden die Zinsen laufzeitgemäß abgegrenzt.

Swaption- und Cap-Geschäfte werden ausschließlich zu Zinssicherungszwecken abgeschlossen.

Die Bilanzierung negativer Zinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Empfehlung der 261. Sitzung des Bankenfachausschuss am 23. Juni 2015. Hiernach sind negative Zinsen durch weitere Untergliederung bestehender Posten innerhalb des Zinsergebnisses auszuweisen. Dies wird bei der ILB durch Einfügen zusätzlicher Vorspalten mit offener Absetzung vorgenommen.

Die ILB ist gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KStG und § 3 Abs. 1 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen wird bei der Bemessung der latenten Steuern ein Steuersatz von 31,58 % verwendet. Hinsichtlich der Aktivüberhänge latenter Steuern auf Jahresabschlussebene der einbezogenen Unternehmen wurde auf die Möglichkeit zur Aktivierung (gemäß Wahlrecht) verzichtet. Die latenten Steuern beruhen gemäß § 274 HGB auf den temporären Unterschieden zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der Bilanzposten. So resultieren die Unterschiedsbeträge zwischen den Wertansätzen in Handels- und Steuerbilanz bei den Finanztochterunternehmen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Wertberichtigungen auf Beteiligungsansätze.

Auf der Grundlage der Inanspruchnahme des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB wird auf den Ansatz der aktiven latenten Steuern verzichtet.

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB sowie in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des IDW RS BFA 4 vom 18. August 2011 zur Währungsumrechnung bei Kreditinstituten. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden wurden mit dem offiziellen Referenzkurs des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zum 31. Dezember 2016 umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt – unter Beachtung des Realisationsund des Imparitätsprinzips – nach dem Grundsatz der Einzelbewertung für die Fremdwährungsschulden und die sie in gleicher Währung vollständig deckenden Zinswährungsswapgeschäfte. Es bestand per 31.12.2016 kein Wechselkursänderungsrisiko, da die Geschäfte in Fremdwährung sofort durch Zinswährungsswaps abgesichert werden.

# Erläuterungen zur Bilanz

### Forderungen an Kreditinstitute

Bilanzpositionen (in Millionen Euro)	Ban	k	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	
täglich fällig	39,7	27,3	39,7	27,3	
nach Restlaufzeit					
bis drei Monate	118,1	200,9	118,1	200,9	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	321,2	304,5	321,2	304,5	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	646,7	701,3	646,7	701,3	
mehr als fünf Jahre	1.072,4	1060,7	1.072,4	1060,7	
Zinsabgrenzung	19,6	20,4	19,6	20,4	
Forderungen an Kreditinstitute	2.217,7	2.315,1	2.217,7	2.315,1	
darunter:					
ausschließlich unverbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3,6	5,2	3,6	5,2	

### Forderungen an Kunden

Bilanzpositionen (in Millionen Euro)		Bank Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
nach Restlaufzeit				
bis drei Monate	55,0	138,0	54,9	138,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	590,3	556,9	590,9	558,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.148,9	2.178,8	2.153,6	2.185,5
mehr als fünf Jahre	2.205,7	2.341,3	2.203,2	2.334,6
Zinsabgrenzung	9,3	9,4	9,3	9,4
Forderungen an Kunden	5.009,2	5.224,4	5.011,9	5.226,0
darunter:				
ausschließlich unverbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	7,3	10,2	0,0	0,0
nachrangige Forderungen	19,3	18,8	-	-

### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Bilanzpositionen (in Millionen Euro)	Ba	Bank		Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.075,2	3.075,2 3.055,2		3.055,2		
darunter						
börsenfähig und börsennotiert	3.030,0	3.024,4	3.030,0	3.024,4		
im Folgejahr fällig (ohne anteilige Zinsen)	390,9	387,8	390,9	387,8		

Die zum Stichtag ermittelten Bewertungsergebnisse der börsenfähigen Wertpapiere des Anlagevermögens stellen sich wie folgt dar:

#### Bank

	Marktwert in Millionen EUR	Buchwert in Millionen EUR	Ergebnis in Millionen EUR
Marktwert < Buchwert	169,0	172,9	-3,9
Marktwert >= Buchwert	3.016,3	2.878,4	137,9
Stille Reserven			134,0

Die Wertpapiere, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, sind fristen- und zinskongruent refinanziert und es liegen keine nachhaltigen Bonitätsverschlechterungen vor, die auf eine dauerhafte Wertminderung hinweisen.

### Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind die nicht börsennotierten Anteile an dem Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 779 (Rentenfonds) für das Investment in vorwiegend europäische Unternehmensanleihen in Höhe von 169,83 Mio Euro enthalten, die ausschließlich bei der Bank bilanziert sind.

Zum Bilanzstichtag lag der Marktwert mit 3.853 Tausend Euro über den Anschaffungskosten, sodass der Buchwert nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB beibehalten wurde. Aus dem zum 01.04.2014 aufgelegten Spezialfonds mit einem Geschäftsjahr vom 01.11.2015 bis zum 31.10.2016 erfolgte im Jahr 2016 keine Ausschüttung. Es besteht die Möglichkeit der täglichen Rückgabe der Anteile.

### Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Ba	nk	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2016 31.12.2015		31.12.2015	
1. Forderungen an Kreditinstitute	96,1	104,6	96,1	104,6	
2. Forderungen an Kunden	2.322,4	2.469,3	2.322,4	2.469,3	
3. Beteiligungen	0,4	0,4	0,4	0,4	
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	181,8	148,6	181,8	148,6	

Bei den unter "Forderungen an Kreditinstitute" und "Forderungen an Kunden" ausgewiesenen Beträgen handelt es sich überwiegend um Treuhandgeschäft, welches im eigenen Namen für Rechnung des Landes Brandenburg bzw. für Rechnung des Landeswohnungsbauvermögens Brandenburg im Rahmen von Förderprogrammen abgewickelt wird.

### Anteilsbesitz der Investitionsbank des Landes Brandenburg zum 31.12.2016

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Erstkonso- lidierung (Jahr)
In den Konzernabschluss einbezogene vollkonsolidierte Unternehmen					
ILB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam	ILB	100,0	4.133	-148	2001
Tourismusforum Potsdam GmbH, Potsdam	ILB	100,0	8.029	-371	2001
Grundstücksgesellschaft "Tiefer See" mbH, Potsdam	ILB	100,0	361	142	2001
BFB BeteiligungsFonds Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	100,0	2.748	384	2005
BFB Brandenburg Kapital GmbH, Potsdam	ILB	100,0	27.298	-3.449	2008
BFB Frühphasenfonds Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	100,0	16.874	-77	2008
BC Brandenburg Capital GmbH, Potsdam	ILB	85,7 <sup>1</sup>	4.725	-12	2001
BC Venture GmbH, Potsdam	ВС	100,0	1.703	234	2001
Seed Capital Brandenburg GmbH, Potsdam	ВС	100,0	470	-33	2001
KBB Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam	ВС	100,0	3.653	-23	2001

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Stimmrechtsanteil 90 %

Anlage 1 zum Anhang zeigt den Anteilsbesitz der ILB an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie an sonstigen Beteiligungsunternehmen.

### Anlagevermögen

In dieser Position sind bei der Bank und im Konzern in der Position "Anlagen im Bau" 64.001 Tausend Euro (Vorjahr: 24.982 Tausend Euro) enthalten, die die aktivierungsfähigen Projektkosten für den ILB-Neubau betreffen. Des Weiteren wurde in den Immateriellen Anlagewerten der Bank und des Konzerns die Individual- und Standardanwendungssoftware in Höhe von 3.451 Tausend Euro (Vorjahr: 2.351 Tausend Euro) ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagespiegel in Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

### Sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Ba	nk	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	
Sonstige Vermögensgegenstände	88,1	75,6	121,5	118,2	
darunter:					
Einschusszahlung zentraler Kontrahent	30,5	8,8	30,5	8,8	
Forderungen gegenüber Restrukturierungsfonds	0,2	0,2	0,2	0,2	
Sonstige Forderungen	0,3	0,2	0,7	7,2	
Ausgleichsposten Währungsumrechnung Swaps	57,1	66,4	57,1	66,4	

### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Ва	ınk	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	10,3	10,2	10,3	10,2	
darunter:					
Unterschiedsbeträge nach § 250 Abs. 3 HGB	1,5	2,2	1,5	2,2	

### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Ва	nk	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	
täglich fällig	126,0	3,9	126,0	3,9	
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist					
bis drei Monate	1.289,2	1.242,2	1.289,2	1.242,2	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	782,9	1.309,9	782,9	1.309,9	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.590,9	2.772,4	2.590,9	2.772,4	
mehr als fünf Jahre	4.475,2	3.899,9	4.475,2	3.899,9	
Zinsabgrenzung	44,7	50,4	44,7	50,4	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.308,9	9.278,7	9.308,9	9.278,7	
darunter:					
Wertpapierpensionsgeschäfte	792,1	628,4	792,1	628,4	
Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank	300,0	225,0	300,0	225,0	

Der Beleihungswert der Wertpapiere und Kreditforderungen im Pfanddepot bei der Deutschen Bundesbank betrug 2.900.553 Tausend Euro.

Der Buchwert der in Pension gegebenen Wertpapiere belief sich auf nominal 725.659 Tausend Euro.

### Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Ban	k	Konzern	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	99,6	239,9	99,6	239,8
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
bis drei Monate	15,3	135,7	15,3	135,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1,4	4,0	1,4	4,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	132,9	130,0	132,9	130,0
mehr als fünf Jahre	479,6	485,5	483,8	489,6
Zinsabgrenzung	6,5	6,5	6,5	6,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	735,3	1.001,6	739,5	1.005,6
darunter:				
ausschließlich unverbriefte Verbindlichkeiten an Unternehmen,				
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6,5	4,7	6,5	4,7
ausschließlich unverbriefte Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen	0	0,1	0	0

#### Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Bank		Konzern	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.600,7	2.723,0	2.600,7	2.723,0

### Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Bank		Kor	Konzern		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015		
Sonstige Verbindlichkeiten	13,3	22,2	13,8	24,1		
darunter:						
Nachschusszahlung zentraler Kontrahent	8,7	17,9	8,7	17,9		
Deckungsbeitrag partiarische Darlehen	1,9	2,0	1,9	2,0		
noch nicht bezahlte Rechnungen für Lieferungen und Leistungen	2,1	1,8	2,5	3,7		
noch abzuführende Steuern	0,6	0,5	0,6	0,5		

#### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition (in Millionen Euro)	Bank		Konzern	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	80,4	88,8	80,5	88,8
darunter:				
erhaltene Ausgleichszahlung aus restrukturierten Mikrohedge Zinsswaps	75,9	82,5	72,3	82,5
Unterschiedsbeträge nach § 340e Abs. 2 HGB	1,1	1,7	1,1	1,7

### Sonderposten für Investitionszuschüsse

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wurde ein gesonderter Passivposten nach § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB gebildet. Es handelt sich hierbei um den Sonderposten für Investitionszuschüsse gemäß § 273 Satz 2 HGB a. F., der Zuschüsse zum Erwerb einer Beteiligung und Sonderposten aus der Umwandlung von bedingt rückzahlbaren Darlehen im Zusammenhang mit der Abrechnung des Beteiligungsfonds des Landes Brandenburg enthält. Dieser Sonderposten wurde in den Vorjahren in der Höhe der Abschreibungen für Anteile an verbundenen Unternehmen zugunsten der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 1.124 Tausend Euro aufgelöst.

Im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft wurden im Berichtsjahr folgende Zuwendungsbeträge im Sonderposten passiviert: Frühphasen- und Wachstumsfonds mit 8.223 Tausend Euro, Brandenburg-Kredit Mezzanine II mit 4.558 Tausend Euro und Mikrokredit Brandenburg mit 3.042 Tausend Euro.

Träger des Frühphasen- und Wachstumsfonds ist die BFBBK GmbH, die Beteiligungen und beteiligungsähnliche Investitionen erwirbt, hält, verwaltet und veräußert sowie Fondsmittel verwaltet. Der Brandenburg-Kredit Mezzanine II sowie der Mikrokredit Brandenburg werden von der ILB verwaltet.

#### Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine offene nicht zweckgebundene Vorsorgereserve gemäß § 340g HGB zu bilden und den Fonds im Geschäftsjahr mit weiteren 33,7 Millionen Euro zu dotieren. Die Vorsorgereserve dient zur Abschirmung allgemeiner Risiken aus dem Geschäft einer Förderbank und stärkt die Eigenkapitalbasis der ILB.

Die Vorsorgereserve deckt im Rahmen der allgemeinen Risiken der Förderbank auch zukünftige Belastungen der ILB aus derzeit noch nicht durch Förderzusagen gegenüber Kunden gebundenen Mitteln ab. Insbesondere in Höhe der kumulierten Dotierungen aus dem Brandenburg-Fonds und dem ILB-Förderfonds können zukünftige Fördermaßnahmen unter Nutzung der gebildeten Vorsorgereserven abgedeckt werden.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2016 mit 288,0 Millionen Euro als haftendes Eigenkapital aufsichtsrechtlich angesetzt.

#### Eigenkapital

#### **Bank**

Die Stammeinlagen von 110 Millionen Euro entfallen auf die Anteilseigner

- das Land Brandenburg 55,0 Millionen Euro
- die NRW.BANK 55,0 Millionen Euro.

Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 11,04 Millionen Euro wurden gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2016 6,0 Millionen Euro an die Anteilseigner ausgeschüttet, 5,0 Millionen Euro den anderen Gewinnrücklagen zugeführt und 38,0 Tausend Euro in den Gewinnvortrag eingestellt.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres beläuft sich auf 11,02 Millionen Euro und ermöglicht einen Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an den Verwaltungsrat in Form der Dividendenausschüttung in Höhe von 6,0 Millionen Euro und der Zuführung zu der anderen Gewinnrücklage in Höhe von 5,0 Millionen Euro sowie eines Gewinnvortrages in Höhe von 18,4 Tausend Euro.

#### Konzern

Per 31.12.2016 betrug das gezeichnete Kapital des ILB-Konzerns 110,0 Millionen Euro. Die Gewinnrücklagen beliefen sich auf insgesamt 95,8 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens für nicht beherrschende Anteile in Höhe von 0,9 Millionen Euro und des Konzernbilanzgewinns von 14,6 Millionen Euro ergibt sich ein Konzerneigenkapital in Höhe von 221,2 Millionen Euro.

### Kapitalflussrechnung Konzern

Der Konzernabschluss 2016 der Investitionsbank des Landes Brandenburg enthält eine Kapitalflussrechnung, deren Darstellung in Anlehnung an den DRS 21 "Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten" erfolgte.

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands im Geschäftsjahr. Sie ist aufgeteilt in die Positionen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstituten und Kunden sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Zur laufenden Geschäftstätigkeit gehören ebenfalls Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und anderen Passiva. Auch die aus dem laufenden Geschäft resultierenden Zinszahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt hauptsächlich Zahlungsvorgänge für Finanz- und Sachanlagen sowie das immaterielle Anlagevermögen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit weist im Geschäftsjahr die Dividendenzahlungen an die Anteilseigner für das Jahr 2015 aus.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds stimmt mit der Bilanzposition "Barreserve" überein.

#### Eventualverbindlichkeiten

Bei dem in der Unterposition "Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen" ausgewiesenen Betrag handelt es sich im Wesentlichen um Risikounterbeteiligungen (21,5 Millionen Euro) und Kreditbürgschaften für Kunden (22,5 Millionen Euro). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus den Avalen im Rahmen von Risikounterbeteiligungen für die Förderung bzw. Finanzierung von gewerblichen Unternehmen sowie von Infrastrukturmaßnahmen im Land Brandenburg. Mit Bürgschaftsinanspruchnahmen aus Eventualverbindlichkeiten ist bis auf eine, für die eine entsprechende Risikovorsorge besteht, nicht zu rechnen.

### Andere Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich ausschließlich um "Unwiderrufliche Kreditzusagen". Sie enthalten Kreditzusagen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung (350,8 Millionen Euro), wovon 32,3 Millionen Euro die Anschlussfinanzierung einer Wohnungsgenossenschaft und 12,4 Millionen Euro die Ergänzungsfinanzierung eines Altenpflegeheimes betrafen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen resultieren aus Geschäften, bei denen die ILB eine verbindliche Zusage gegenüber ihren Kunden gegeben hat und somit einem künftigen Kreditrisiko ausgesetzt ist. Es wird damit gerechnet, dass die unwiderruflichen Kreditzusagen aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren mit einer Wahrscheinlichkeit von nahezu 100 % in Anspruch genommen werden.

### Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen werden als gesonderte "unter Strich-Positionen" Verwaltungskredite für die Wohnungsbauförderung (65,5 Millionen Euro) sowie die Filmförderung (2,2 Millionen Euro) und Verwaltungsbürgschaften für die Wohnungsbauförderung (103,3 Millionen Euro) sowie die gewerbliche Förderung (11,6 Millionen Euro) gezeigt. Hierbei handelt es sich überwiegend um Verwaltungsdienstleistungen im Rahmen von Förderprogrammen namens und für Rechnung des Landes Brandenburg.

### Fremdwährungsschulden

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren per 31.12.2016 Fremdwährungsschulden (inkl. anteilige Zinsen) in Höhe von 474,5 Millionen Euro (Vorjahr: 401,4 Millionen Euro) enthalten.

#### Derivative Geschäfte

Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten werden ausschließlich zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und Währungsrisiken eingesetzt. Zum 31.12.2016 bestanden folgende Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet worden sind:

Bank

Derivative Geschäfte – Volumina (in Millionen Euro)

	Nomina	Nominalwerte		Marktwerte negativ
	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016
Zinsrisiken				
Zinsswaps	9.260,8	10.447,5	272,4	377,1
Swaption	13,0	13,0	0,3	0,0
Zinsrisiken - gesamt	9.273,8	10.460,5	272,7	377,1
Währungsrisiken				
Zinswährungsswaps	401,4	474,5	57,6	0,0
Währungsrisiken – gesamt	401,4	474,5	57,6	0,0

### Derivative Geschäfte - Fristengliederung (in Millionen Euro)

Nominalwerte	Zinsris	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	
Restlaufzeiten					
bis drei Monate	428,4	49,3	0,0	75,1	
mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	819,1	1.171,7	203,6	88,0	
mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	3.442,6	3.538,3	197,8	311,4	
mehr als fünf Jahre	4.583,7	5.701,2	0,0	0,0	
Insgesamt	9.273,8	10.460,5	401,4	474,5	

### Derivative Geschäfte - Kontrahentengliederung (in Millionen Euro)

	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016
inländische Banken	8.519,9	9.925,4	286,7	325,3
OECD-Banken	1.155,3	1.009,6	43,6	51,8
Gesamt	9.675,2	10.935,0	330,3	377,1

Zur Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte wurden Bewertungen der Bank verwendet.

Der Marktwert ist der Betrag, der bei Verkauf oder Glattstellung zum Bilanzstichtag zu vereinnahmen bzw. aufzuwenden wäre. Für die Ermittlung der Marktwerte wurde entweder auf notierte Marktpreise "dirty price basis" zugegriffen oder es kamen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (z. B. Barwertmodell und Optionspreismodell), die mit aktuellen Marktparametern versehen wurden, zur Anwendung.

#### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden zum Bilanzstichtag Miet-, Leasing- und sonstige Verpflichtungen bei der Bank in Höhe von 2.074 Tausend Euro (Vorjahr: 4.813 Tausend Euro) für das Folgejahr.

Weiterhin hatte der Konzern per 31.12.2016 finanzielle Verpflichtungen aus bedingt rückzahlbaren Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Brandenburg in Höhe von 54.039 Tausend Euro sowie finanzielle Verpflichtungen gegenüber Dritten in Höhe von 1.150 Tausend Euro.

Soweit zukünftig Ausschüttungs- bzw. Liquidationserlöse für die SCB anfallen, sind die Mittel bis zur Höhe des Zuwendungsbetrages gemäß Zuführungen des Bewilligungsbescheides vom 10. März 1994 von 639 Tausend Euro an das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zurückzuführen.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Bank enthielten neben den Zuwendungen für den Brandenburg-Fonds (7.412 Tausend Euro) im Wesentlichen Erträge aus Dienstleistungsverträgen für Konzerntochtergesellschaften (1.654 Tausend Euro), Vermietungserträge (388 Tausend Euro) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (952 Tausend Euro) und aus der Erstattung von Kosten für EU-Projekte (130 Tausend Euro).

Im Konzern trugen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen neben den obigen Zuwendungen der Bank zum Brandenburg-Fonds im Wesentlichen Vermietungserträge (1.436 Tausend Euro), Zinserträge aus Nachrangdarlehen (1.145 Tausend Euro) sowie die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten (158 Tausend Euro) bei.

### Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Mittelbindung durch Zusagen aus dem ILB-Förderfonds für die Brandenburg Kreditprogramme in Höhe von 3.310 Tausend Euro.

### Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zusätzlich zu den im Formblatt 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wird die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken als gesonderte Position gemäß § 340g Abs. 2 HGB gezeigt.

### Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen basieren ausschließlich auf den per Gutachten ermittelten Unterschiedsbeträgen gemäß des Artikels 67 Abs. 1 EGHGB, der aufgrund des BilMoG erstmalig für die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für Altersteilzeit angewendet wurde. Für den Unterschiedsbetrag der Pensionsrückstellungen zum 01.01.2010 in Höhe von 427 Tausend Euro wurde unter Nutzung des Wahlrechtes der Übergangsvorschriften des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB von der erfolgswirksamen Zuführung, verteilt auf 10 Jahresbeträge, Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr wurde ein außerordentlicher Aufwand von 42,7 Tausend Euro erfasst.

## Sonstige Angaben

### Abschlussprüferhonorar

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers betrug für das Geschäftsjahr 478,4 Tausend Euro (inkl. USt) und gliedert sich wie folgt:

TEUR	Bank	Konzern
Abschlussprüferleistungen	225,2	342,4
andere Bestätigungsleistungen	10,7	11,6
sonstige Leistungen im Rahmen der Beratung	124,4	124,4

### Dienstleistungen für Dritte

Das Mutterunternehmen, die ILB, erbringt im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 5 RechKredV Dienstleistungen für die Verwaltung von Treuhandkrediten, Verwaltungskrediten und Verwaltungsbürgschaften gegenüber den auftraggebenden Ministerien des Landes Brandenburg.

### Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

### Organe der Investitionsbank des Landes Brandenburg

### Vorstand:

Tillmann Stenger	Vorsitzender des Vorstandes
Jacqueline Tag	Mitglied des Vorstandes Mandat in großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB: Vorsitzende des Aufsichtsrates der MEAB Märkische Entsorgungsanlagen- Betriebsgesellschaft mbH
Gabriela Pantring bis 31.10.2016	Mitglied des Vorstandes Mandat in großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB: Mitglied des Aufsichtsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH bis 31.10.2016

### Verwaltungsrat:

Christian Görke Vorsitzender

Minister der Finanzen des Landes Brandenburg

Albrecht Gerber stellvertretender Vorsitzender

Minister für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

Michael Stölting stellvertretender Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes der NRW.BANK

### Von den Anteilseignern entsandte Mitglieder:

Regine Bukowski-Knuppertz Bereichsleiterin Wohnraumförderung

ab 01.01.2016 NRW.BANK

Dr. Peter Güllmann Bereichsleiter Beteiligungen

NRW.BANK

Dr. Friederike Haase Abteilungsleiterin

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes

Brandenburg

Ines Jesse Staatssekretärin

ab 12.09.2016 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg

Kathrin Lange Staatssekretärin

bis 02.06.2016 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg

Sven Petke Vorsitzender

Ausschuss für Haushalt und Finanzen Landtag Brandenburg

Dr. Carolin Schilde Staatssekretärin

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

Land Brandenburg

Dr. Michaela Schmitz-Schlär Vorsitzende des Vorstandes

Wohnungsbaugenossenschaft Frankfurt (Oder) eG

Dietrich Suhlrie Mitglied des Vorstandes

NRW.BANK

Dr. Dietlind Tiemann Oberbürgermeisterin

Stadt Brandenburg an der Havel

#### Beschäftigtenvertreter:

Bernd Voigt-von Gagern Mitarbeiter Förderbereich ILB-Kreditprogramme/Infrastruktur

Nabegh El Shorafa Mitarbeiter Förderbereich Wirtschaft

Elke Jeddeloh Mitarbeiterin Förderbereich Eigenkapital/Gründung

Hans-Jürgen Kühn Referatsleiter Bereich Bankbetrieb

Carsta Matthes Mitarbeiterin Förderbereich ILB-Kreditprogramme/Infrastruktur

Simone Spahn Mitarbeiterin Förderbereich Wirtschaft

### Hauptversammlung:

Vertreter des Landes Brandenburg Vertreter der NRW.BANK

### Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Vorstands setzt sich zusammen aus einer fixen Vergütung, bestehend aus Grundgehalt und Funktionszulagen und einer variablen Vergütung.

### Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder im Jahr 2016

Angaben in EUR		Gesamt-	Feste	Variable
	Vorstand	vergütung	Vergütung	Vergütung <sup>1</sup>
Stenger, Tillmann	Vorsitzender	328.004,00	218.004,00	110.000,00
Tag, Jacqueline	Mitglied	280.004,00	185.004,00	95.000,00
Pantring, Gabriela <sup>2</sup>	Mitglied	249.170,00	154.170,00	95.000,00

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In obiger Tabelle ist die variable Vergütung ausgewiesen, die vom Personalausschuss für den Vorstand für das Vorjahr beschlossen und im Berichtsjahr ausbezahlt wurde.

Weiterhin erhielten die Vorstandsmitglieder im Jahr 2016 Nebenleistungen in einer Gesamthöhe von 17.700,87 Euro. Zu den Nebenleistungen gehören der geldwerte Vorteil aus der Bereitstellung eines Dienstwagens, Beihilfen und die Zusatzpensionsversicherung.

Des Weiteren bestehen für die Mitglieder des Vorstandes individuelle Altersversorgungszusagen, für die jährliche Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bzw. zum Versorgungskonto erfolgen.

Der Offenlegungsbericht 2016 zur Vergütungspolitik der ILB ist auf der Internetseite der ILB veröffentlicht.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Austritt zum 31.10.2016.

### Bezüge des Verwaltungsrates

Die Bezüge des Verwaltungsrates betrugen 15,8 Tausend Euro. Pensionsverpflichtungen bestehen für diesen Personenkreis nicht.

### Organkredite

An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite von insgesamt 236,2 Tausend Euro vergeben. Das Restkapital betrug zum Bilanzstichtag insgesamt 4,1 Tausend Euro. Im Geschäftsjahr wurden 44,2 Tausend Euro zurückgezahlt. Die Zinssätze liegen in einer Bandbreite von 0,00 % bis 4,65 %.

### Mandat nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Herr Thomas Krause, Mitarbeiter im Förderbereich Eigenkapital/Gründung, ist Mitglied im Aufsichtsrat der co.don AG, Teltow.

#### Mitarbeiter der ILB und des Konzerns

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	männlich	weiblich	insgesamt
Vollzeitkräfte	160	255	415
Teilzeitkräfte	7	87	94
befristet Beschäftigte	21	41	62
Bank	188	383	571
in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen	0	0	0
Konzern	188	383	571

Potsdam, 27.03.2017

Der Vorstand der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Tillmann Stenger Jacqueline Tag
Vorsitzender des Vorstandes Mitglied des Vorstandes

Anlage 1: Anteilsbesitzliste zum 31.12.2016

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital/Stimm- recht in %	Eigenkapital Jahresab- schluss 2015 in TEUR	Ergebnis Jahresab- schluss 2015 in TEUR
Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert)				
LASA Brandenburg GmbH i.L., Potsdam	ILB	100,0	154	0
Gemeinschaftsunternehmen (nicht quotal konsolidiert oder at equity bewertet)				
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	50,0	64	0
Sonstige Beteiligungsunternehmenen				
Emperra GmbH E-Health Technologies, Potsdam	BFB BFBBK	1,1 30,2	3.645	-1.799
EBS Technologies GmbH, Hennigsdorf	BFBBK	33,5	859	-2.359
ANECOM AeroTest GmbH, Wildau	KBB	30,0	10.654	2.419
Work-Life-Management GmbH, Potsdam	BFBF	30,4	-755	-126
NSD New Swedish Design GmbH, Potsdam	BFBBK	23,3	73	-196
Bier-Deluxe GmbH, Potsdam	BFBBK	24,5	87	-813
ferret go GmbH, Bernau bei Berlin	BFBF	37,2	67	-108
sleepz GmbH, Ludwigsfelde	BFBF	20,2	-540	-1.773
Kinematics GmbH, Bernau	BFBF BFBBK	15,0 10,5	-602	-883
SECOPTA analytics GmbH, Berlin <sup>1</sup>	BFBBK BFB SCB	17,0 2,9 0,6	k.A.	k.A.
castaclip GmbH, Potsdam	BFBF BFBBK	15,3 3,8	3.315	-79
CryLaS Crystal Laser Systems GmbH, Berlin	SCB BFB BFBBK	0,9 4,8 4,4	1.493	-560
GILUPI GmbH, Potsdam	BFB BFBBK	11,0 1,3	-3.188	-1.578
OD-OS GmbH, Teltow	BFB BFBBK	3,8 8,9	2.259	-4.020
Stemme AG, Strausberg	BFBBK BFB KBB	0,1 0,6 1,3	17.803	-3.745
Hasso Plattner Ventures II GmbH & Co. KG, Potsdam	ILBBG	10,0	22.209	31.648
45info GmbH, Potsdam	BFBF	18,1	-409	3
adsquare GmbH, Berlin	BFBF	18,0	896	-1.429
BestSearch Media GmbH, Potsdam	BFBF	19,1	-876	-63
Blacksquared GmbH, Potsdam	BFBF	17,5	-241	-471
Distribusion Technologies GmbH, Berlin	BFBF	12,3	-540	-804
flightright GmbH, Potsdam	BFBF	19,9	1.639	257
HNF GmbH, Biesenthal	BFBF	15,0	-741	-732
hüma Parkettsystem GmbH, Eberswalde	BFBF	15,0	-36	-726
komoot GmbH, Potsdam	BFBF	15,0	-908	-386
Metabolomic Discoveries GmbH, Potsdam	BFBF	15,0	106	171
Rivalfox GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-541	-544

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital/Stimm- recht in %	Eigenkapital Jahresab- schluss 2015 in TEUR	Ergebnis Jahresab- schluss 2015 in TEUR
Silicon Radar GmbH, Frankfurt (Oder)	BFBF	15,0	214	-22
smarttra.de GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-92	-57
trinckle 3D GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-151	-521
Adrenomed AG, Hennigsdorf	BFBBK	4,4	415	-1.836
asgoodasnew electronics GmbH, Frankfurt (Oder)	BFBBK	13,0	2.843	-3.816
Betterguards Technology GmbH, Berlin	BFBBK	10,0	301	-402
dropnostix GmbH, Potsdam <sup>1</sup>	BFBBK	15,0	k.A.	k.A.
familynet GmbH, Berlin	BFBBK	15,0	68	-34
Fiagon AG Medical Technologies, Hennigsdorf	BFBBK	9,5	12.381	-630
Flügetechnik Berlin-Brandenburg GmbH, Eberswalde	BFBBK	16,1	-664 <sup>2</sup>	-291 <sup>2</sup>
Instand Seed GmbH, Mahlow <sup>1</sup>	BFBBK	15,0	k.A.	k.A.
Mornin' Glory GmbH, Kleinmachnow	BFBBK	17,1	-95	-1.788
PaulCamper GmbH, Bernau	BFBBK	15,0	25	0
PentraCare Medical GmbH, Hennigsdorf	BFBBK	17,1	21	-4
Pentracor GmbH, Hennigsdorf	BFBBK	16,5	-227	-1.061
Snaptrust GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	-223	-90
softgarden e-recruiting GmbH, Berlin	BFBBK	7,5	2.149	-2.380
WP Systems GmbH, Ruhland <sup>1</sup>	BFBBK	15,0	k.A.	k.A.
MerLion Pharmaceuticals Pte.Ltd., Singapore	BCV	6,6	1.587	-2.179

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gründung Ende 2015 <sup>2</sup> Jahresabschluss 2014

### Anlage 2: Anlagespiegel

### Bank

TE	UR	Anschaffungs-/Herstellungskosten				
		Stand 01.01.2016 Zugänge		Abgänge	Stand 31.12.2016	
1	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens <sup>1</sup>	3.041.031	651.961	625.297	3.067.695	
2	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>1</sup>	150.000	20.000	0	170.000	
3	Beteiligungen <sup>1</sup>	30	0	0	30	
4	Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>1</sup>	121.134	1.926	1.926	121.134	
5	Immaterielle Anlagewerte	9.505	2.552	0	12.057	
6	Grundstücke und Bauten	5.529	0	0	5.529	
7	Anlagen im Bau	24.982	39.019	0	64.001	
8	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	11.937	919	423	12.433	

	Abschreibungen und Wertberichtigungen				Zuschrei- bungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2016	Zugänge Ifd. Jahr	Abgänge	Stand 31.12.2016	- lfd. Jahr	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	
1								
						3.050.803	3.027.474	
2						169.833	149.878	
3						30	30	
4						62.443	65.703	
5	7.153	1.453	0	8.606	0	3.451	2.351	
6	0	0	0	0	0	5.529	5.529	
7	0	0	0	0	0	64.001	24.982	
8	11.130	937	423	11.644	0	789	807	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nettoveränderung aus Zu- und Abschreibungen sowie Wertberichtigungen nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -75.750 Tausend Euro

### Konzern

TE	JR	Ar	nschaffungs-/He	erstellungskost	en
		Stand 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2016
1	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens <sup>1</sup>	3.041.031	651.961	625.297	3.067.695
2	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>1</sup>	150.000	20.000	0	170.000
3	Beteiligungen <sup>1</sup>	47.501	7.014	4.740	49.775
4	Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>1</sup>	170	0	0	170
5	Immaterielle Anlagewerte	9.505	2.552	0	12.057
6	Grundstücke und Bauten	33.790	3	0	33.793
7	Anlagen im Bau	24.982	39.019	0	64.001
8	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	12.064	919	423	12.560

	Abschreibungen und Wertberichtigungen				Zuschrei- bungen	Buchwerte	
	Stand 01.01.2016	Zugänge Ifd. Jahr	Abgänge	Stand 31.12.2016	lfd. Jahr	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015
1							
						3.050.803	3.027.474
2						169.833	149.878
3						23.324	19.840
4						170	170
5	7.153	1.453	0	8.606	0	3.451	2.351
6	10.899	543	0	11.442	0	22.351	22.891
7	0	0	0	0		64.001	24.982
8	11.246	941	423	11.764	0	796	818

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nettoveränderung aus Zu- und Abschreibungen sowie Wertberichtigungen nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -43.510 Tausend Euro

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

#### Investitionsbank des Landes Brandenburg

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der mit dem Anhang des Konzernabschlusses zusammengefasst ist - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des ILBG und der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des ILBG und der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 27. März 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Michael Quade Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Verwaltungsrates

#### Investitionsbank des Landes Brandenburg

Der Verwaltungsrat der ILB hat seine Aufgaben ordnungsgemäß nach Gesetz, Satzung, Corporate Governance Kodex und Geschäftsordnung wahrgenommen. Auf der Grundlage schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstandes hat der Verwaltungsrat die Arbeit des Vorstandes laufend überwacht und beratend begleitet.

Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 14 Sitzungen durchgeführt. Der Verwaltungsrat hat sich dabei über die wirtschaftliche Lage, die geschäftliche Entwicklung und das Risikomanagement der Bank gewissenhaft informiert und überzeugte sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der Geschäftsorganisation. Die wesentlichen geschäftlichen Vorgänge und Vorhaben, zustimmungspflichtige Geschäfte sowie die strategische Ausrichtung und grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik wurden mit dem Vorstand erörtert und eingehend beraten. Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Bauausschuss und Personalausschuss des Verwaltungsrates haben die ihnen übertragenen Aufgaben wahrgenommen.

In den Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse waren insbesondere der Jahresabschluss 2015, die wirtschaftliche und geschäftliche Entwicklung der ILB im Jahr 2016 einschließlich der Risikosituation, die Weiterentwicklung der ILB Strategie, die Planung 2017 mit Ausblick bis zum Jahr 2019, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Bank sowie der Neubau des ILB-Verwaltungsgebäudes Gegenstand der Erörterung und Beschlussfassung. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der expansiven Geldpolitik der EZB und des Niedrigzinsniveaus eingehend erörtert. Der Verwaltungsrat hat außerdem die Bestellung eines Vorstandsmitgliedes beschlossen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates stand auch außerhalb der Sitzungen des Verwaltungsrates in engem Kontakt zum Vorstand und hat sich regelmäßig über wichtige Vorgänge und Entwicklungen berichten lassen.

Der Verwaltungsrat bildet sich regelmäßig hinsichtlich der Anforderungen an seine Aufsichtstätigkeit fort. Im Jahr 2016 fand für die Mitglieder des Verwaltungsrates eine Weiterbildungsveranstaltung zu aufsichtsrechtlichen Themen am Beispiel der ILB statt. Die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der ILB zum 31. Dezember 2016 geprüft. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss wurden mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Verwaltungsrat hat sich vom Abschlussprüfer in der betreffenden Sitzung des Verwaltungsrates ausführlich berichten und wesentliche Sachverhalte erläutern lassen. Der Verwaltungsrat nahm den Bericht des Abschlussprüfers zustimmend zur Kenntnis. Er hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben und demgemäß den Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016, den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinnes gebilligt.

Der Verwaltungsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 festzustellen sowie den nach Ausschüttung und Zuweisung zu den Rücklagen verbleibenden Bilanzgewinn der Bank auf neue Rechnung vorzutragen. Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ILB für ihre engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2016.

Potsdam, 1. Juni 2017

Christian Görke

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Investitionsbank des Landes Brandenburg